



Das Vermächtnis des Präsidenten

Johannes Rau, Bundespräsident von 1999 bis 2004, hat den Deutschen kurz vor seinem Abschied aus dem Amte mahnende Worte hinterlassen – nicht ohne Aufmunterungen und perspektivischen Optimismus, wie ihn das ja kennzeichnet.

Rau scheidet aus seinem Amt, wenn am 1. Juli sein Nachfolger Horst Köhler vereidigt ist.

DER HAUPTSTADTBRIEF dokumentiert, beginnend auf Blatt 3, Johannes Raus höchst bedenkenswertes Vermächtnis an die Deutschen – in nahezu vollständigem Wortlaut.

Ein Text, den Sie unbedingt lesen sollten ...

Blatt 3 ff.

Plädoyer für eine große Koalition – jetzt!

Rafael Seligmann: Die Wähler würden Blockadepolitiker abstrafen – Blatt 11 ff.

Statt mehr Schulden höhere Mehrwertsteuer?

Schröder und Müntefering contra Eichel: Die Strategie der frommen Wünsche – Blatt 18 ff.

„Die spinnen doch, die in Berlin“

Eine bisweilen bittere Satire von Klaus Wirtgen – Blatt 42 ff.

DER 54. HAUPTSTADTBRIEF

EINE INHALTS-ÜBERSICHT

- 3 Das Vermächtnis des scheidenden Präsidenten Johannes Rau**
„Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung“:
Was der Bundespräsident am 12. Mai in Schloss Bellevue sagte
- 11 Zeit für eine große Koalition:
Deutschland braucht tiefgreifende Reformen
jetzt! Materiell und mental!**
- 13 Berlin und der Krankenstand**
- 14 Berliner CDU umschmeichelt die Grünen
als Koalitionspartner**
- 15 Erfolgsstory – 20 Jahre
neuer Friedrichstadtpalast**
- 18 Statt mehr Schulden höhere Mehrwertsteuer?
Ja, nein, ja, nein ...**
- 20 Impressum**
- 21 Im Osten weiter Jugendweihen**
- 22 Die neuesten Umfrage-Werte (*forsa*)**
- 23 Musik-Sommer an
Berlins Gendarmenmarkt**
- 25 Wenn sich im Osten keine
eigenständige Wirtschaftskraft entwickelt,
werden die Jüngeren abwandern**
HAUPTSTADTBRIEF-Interview mit Klaus von Dohnanyi
- 31 Das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park –
für fünf Millionen Euro restauriert**
- 34 MoMA – ein wunderbarer Erfolg,
trotz mancher Kritik**
- 37 ILA 2004 – 92 Prozent der Fachbesucher
wollen sie weiterempfehlen**
- 40 Kohle und Stahl: Extreme Preisexplosion
gefährdet bis zu 50 000 deutsche Arbeitsplätze**
- 41 Die PDS und die Europawahl**
- 42 „Die spinnen doch, die in Berlin“**
Eine bisweilen bittere Satire von KLAUS WIRTGEN

Auf den Punkt

Raus Vermächtnis

DER HAUPTSTADTBRIEF bringt heute fast den gesamten Wortlaut der Rede („Berliner Rede“), die Johannes Rau, der scheidende Bundespräsident, am 12. Mai in Berlin gehalten hat.




Bruno Waltert
Chefredakteur

Weshalb? Weil wir meinen, dass Johannes Rau in dieser Rede mutig vieles angesprochen hat, was angesichts der deutschen Realität einfach mal gesagt werden musste. In Klartext durchaus, aber auch mit der versöhnenden Verbindlichkeit, die Johannes Rau eigen ist.

Die Rede ist zugleich gewissermaßen Raus Vermächtnis zum Ende seiner Amtszeit, die im Laufe des 1. Juli endet. Die meisten Medien allerdings berichteten über dieses präsidentiale Vermächtnis nur relativ kurz und geschäftsmäßig.

Gerade deshalb entschieden wir uns für eine möglichst ausführliche Version. Sie werden feststellen: Die Lektüre, zumal die nachdenkliche, lohnt sich!

Ihr



Das Vermächtnis des scheidenden Präsidenten Johannes Rau

**„Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung“:
Was der Bundespräsident am 12. Mai in Schloss Bellevue sagte**

„Heute, da so viel von Zukunft die Rede ist, ist so wenig Zuversicht zu spüren, so wenig Selbstvertrauen und so wenig Vertrauen in die Zukunft. Viele scheinen von der Zukunft vor allem Schlechtes zu erwarten. Dafür gibt es manchen Grund, und viele Sorgen sind berechtigt.

Wenn wir diese Zukunft gestalten wollen, wenn wir sie menschlich gestalten wollen, dann brauchen wir zweierlei: Vertrauen in die, die für uns Verantwortung tragen und die Bereitschaft, selber Verantwortung zu übernehmen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir



Entscheidend ist aber: Wo Vertrauen fehlt, regiert Unsicherheit, ja Angst. Angst vor der Zukunft ist der sicherste Weg, sie nicht zu gewinnen. Angst lähmt die Handlungsfähigkeit und trübt den Blick für das, was in Staat und Gesellschaft tatsächlich grundlegend verändert werden muss, was neuen Bedingungen angepasst werden soll und was auf jeden Fall bleiben muss.

Die Zukunft kommt ja nicht einfach auf uns zu. Wir müssen sie nach unseren eigenen Vorstellungen gestalten. Wir wollen schließlich, dass wir auch in Zukunft friedlich und in Freiheit miteinander leben können – in einer Gesellschaft, in der Leistung etwas gilt und die Gerechtigkeit und Solidarität lebt.

die notwendigen Veränderungen schaffen können. Genauso fest glaube ich aber, dass der Mangel an Vertrauen und Verantwortungsbereitschaft der eigentliche Grund für die massive Verunsicherung ist, für die an vielen Stellen pessimistische Stimmung und für die mangelnde Kraft zur Veränderung.

Wir alle wissen: Vertrauen kann man nicht anordnen, nicht befehlen. Vertrauen kann man nicht beschließen. Vertrauen muss wachsen. Vertrauen wächst zwischen einzelnen Menschen, in Gemeinschaften und muss eine ganze Gesellschaft prägen.

Ohne Vertrauen können Menschen nicht friedlich miteinander leben.

Ohne Vertrauen werden wir unsere Probleme nicht lösen.

Erst Vertrauen schafft das Klima für wirtschaftlichen Erfolg, für wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt, für technische Innovation.

Tatsächlich aber ist Verunsicherung so etwas wie ein allgegenwärtiges Gefühl geworden, das unsere gesamte Gesellschaft erfasst. Das ist lebensgefährlich.

Natürlich gibt es auch ein falsches Sicherheitsgefühl, das Neugier, Wagemut und Unternehmensgeist bremst. Wenn neue Entwicklungen verschlafen oder verhindert wurden, kritisieren wir das zu Recht.

Wir müssen aber träge Bequemlichkeit genau unterscheiden von der notwendigen Grundsicherheit, die jeder Mensch braucht, damit Sorgen und Angst ihn nicht lähmen. Auch Verunsicherung erzeugt Lähmung. Menschen ohne Grundvertrauen sind nicht besonders leistungsfähig, weder besonders leistungsbereit noch besonders risikofreudig.

Es ist ein Irrtum zu glauben, dass man Menschen zu besserer oder zu mehr Leistung motivieren kann, wenn sie ständig Angst haben müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder im Alter in Not zu geraten. Jeder Mensch braucht eine gewisse Grundsicherheit, damit er den Kopf frei hat, auch für Anstrengung und Erfolg im Beruf.

Wenn wir unsere Gegenwart realistisch beschreiben wollen, müssen wir auch fragen, ob tatsächlich so vieles schwierig und unsicher ist, ob tatsächlich so vieles schlecht und erneuerungsbedürftig ist, so vieles abgebaut und umgebaut werden muss – oder ob vieles einfach schlecht geredet wird.

Haben wir uns vielleicht selber inzwischen so schlecht geredet, dass wir uns nichts mehr zutrauen? Nähern wir uns gelegentlich nicht einer Art kollektiver Depression?

Ich wüsste kein Land, in dem so viele Verantwortliche und Funktionsträger mit so großer Lust so schlecht, so negativ über das eigene Land sprechen, wie das bei uns in Deutschland geschieht.

Das bleibt nicht ohne Folgen. Wir haben inzwischen ein so dunkles Bild von uns selber gewonnen, wie wir es in früheren Jahren nie gehabt haben.

Natürlich gibt es haarsträubendes Versagen und objektive Missstände. Die peinlichen Pannen um die LKW-Maut sind allen im Gedächtnis. Oder das unendliche Gezerre um die Einführung des Dosenpfands, das der Gesetzgeber schon vor dreizehn Jahren beschlossen hat; alle hatten doch Zeit genug, sich darauf einzustellen. Oder das neue Preissystem, das die Bahn – trotz vieler Warnungen – mit großem Aufwand eingeführt hat, und das sich schon bald darauf als reichlich kundenfern herausstellte.

Solche und ähnliche Missstände sind tatsächlich ärgerlich. Was mich allerdings noch mehr stört: Sie gelten nicht mehr als behebbare Einzelfälle von Inkompetenz, sondern sie werden inzwischen als etwas für uns Typisches wahrgenommen. Statt mit Tatkraft und einem Schuss Pragmatismus zu sagen: Das können wir besser und das machen wir jetzt besser, bricht, auch publizistisch, eine endlose Klage- und Selbstanklagewelle über uns herein.

Wir fangen schon an, hämisch und schulterzuckend über uns selber zu sprechen. Gelegentlich kann man den Eindruck gewinnen: Unser Land, seine Zukunft, das alles bedeutet vielen nichts mehr.

Und wir wissen ja: Wenn es einmal einen bestimmten Trend gibt, dann wird alles in diesen Trend eingeordnet und all das, was dagegen spricht, nicht mehr wahrgenommen.

Der Vertrauensverlust in unserem Land hat aber auch ganz handfeste Gründe. Es sind ganz konkrete Handlungen und Einstellungen, Worte und Taten, die immer mehr Menschen tiefes Misstrauen einflößen.

Wir müssen zum Beispiel erleben, dass einige, die in wirtschaftlicher oder öffentlicher Verantwortung stehen, ungeniert in die eigene Tasche wirtschaften. Das Gefühl für das, was richtig und angemessen ist, scheint oft verlorengegangen zu sein. Egoismus, Gier und Anspruchsmentalität in Teilen der sogenannten Eliten schwächen auch das Vertrauen in die Institutionen selber, wenn deren Repräsentanten offenbar alle Maßstäbe verloren haben.

Wir müssen in den Debatten über Veränderungen und Reform auch erleben, dass allzu oft das Gemeinwohl vorgeschoben wird, wo es um nichts als Gruppenegoismus, um Verbandsinteressen oder gar um erpresserische Lobbyarbeit geht.

Häufig glauben die Bürgerinnen und Bürger einfach nicht mehr, was sie hören und sehen. Sie machen zu oft die Erfahrung, dass man vielem, was in aller Öffentlichkeit gesagt wird, nicht trauen kann. Es ist auch kein Ausweis des Vertrauens, wenn über manche, die in der Öffentlichkeit stehen, gesagt wird: „Denen ist alles zuzutrauen“.

Gewiss: Jeder kann sich gelegentlich irren. Was man heute aus Überzeugung vertritt, kann durch neue Umstände überholt werden. Das ist so, und das sollte man dann auch öffentlich sagen. Aber die bewusste Manipulation der Wahrheit oder der Tatsachen zerstört Vertrauen – manchmal endgültig.

Vertrauen in die Politik wird auch zerstört, wenn der Eindruck entsteht, in nahezu jeder Frage gehe es in erster Linie darum, wer sich gegen wen durchsetzt, wer wem am meisten schadet, wer zurückgesetzt wird oder sich wieder ein Stück weiter nach vorne gekämpft hat.

Dadurch werden nicht nur wichtige Sachfragen als Nebensache behandelt, so dass am Ende oft das Falsche oder Dilettantische herauskommt. Dadurch entsteht auch der fatale Eindruck, in der Politik komme es letztlich nur darauf an, wer die Macht hat und nicht so sehr darauf, was er mit ihr macht. Dann wären wir bei Lenin angekommen, für den sich alle Politik auf die Frage reduzierte: Wer wen?

Die Entwicklung bei den Gesprächen über ein Integrations- und Zuwanderungsgesetz ist ein besonders schlimmes Beispiel für diese Art von Politik.

Natürlich geht es in der Politik um Macht und auch um Machtkampf und Machtanteile. Politik muss aber in erster Linie ein Streit um Ziele und um die besten Lösungen sein. Politik muss sich an Wertvorstellungen und an Grundsätzen orientieren, die man erkennen kann.

Sonst trauen immer mehr Menschen am Ende den Politikern alles zu, nur nicht, dass sie sich wirklich für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen, die sie gewählt haben.

Besonders vertrauenszerstörend ist die offenbar anhaltende Wirkungslosigkeit all dessen, was die Arbeitslosigkeit beseitigen soll – und die gegenseitige Schuldzuweisung aller Beteiligten. Wir wissen alle: Die Arbeitslosigkeit ist die größte Wunde der Gesellschaft. Wieviel Hoffnungen, wieviel Lebensmut werden hier zerstört! Wieviel guter Wille, wieviel Leistungsbereit-

schaft bleiben hier ungenutzt! Wie groß und wie weitverbreitet ist das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, ja wertlos zu sein! Keine Aussicht auf Arbeit und Beschäftigung zu haben: Das kann jedes Vertrauen in die Zukunft zerstören – in die eigene und in die der Gesellschaft.

Niemand hat ein Konzept mit Erfolgsgarantie. Ich auch nicht. Ich weiß aber, dass die Vertrauenskrise in unserer Gesellschaft, das ständige Schlechtreden von allem und jedem viele Unternehmer davon abhält zu investieren, und viele Bürgerinnen und Bürger davon abhält zu kaufen. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik bestehen bekanntlich zu fünfzig Prozent aus Psychologie. Unsere Wirtschaft wird nur in einem Klima des Vertrauens neuen Schwung bekommen.

Eine wichtige Grundlage für Entscheidungen, die heute getroffen werden müssen, sind Prognosen und Voraussagen.

Auch hier wachsen Zweifel: Welche Prognosen sind seriös? Werden Voraussagen, die für die meisten Menschen handfeste Folgen haben, wirklich immer nach bestem Wissen und Gewissen gemacht? Sind sie nicht oft interessengeleitet? Wird nicht manches besonders hoch und anderes herunter gerechnet? Werden nicht bestimmte Wertungen zu Grunde gelegt, aber nicht offengelegt?

Wir hätten schon viel gewonnen, wenn Prognosen und Voraussagen regelmäßig, nach einem Jahr, nach zwei oder fünf Jahren darauf überprüft werden, was sie wirklich wert waren. Schon das könnte eine heilsame Wirkung haben. Dann könnte man sogar aus Fehlprognosen lernen.

Leichtfertige Prognosen, die irgendeinen Niedergang vorhersagen, wenn nicht sofort dies oder jenes geschieht, zerstören Vertrauen genauso wie Versprechen, von denen man wissen kann, dass sie nicht einzuhalten sind.

Das geschieht trotz besseren Wissens immer wieder, und darum haben viele Menschen sich mittlerweile darauf eingestellt, vorsichtshalber erst einmal gar nichts mehr zu glauben.

Diese Haltung führt über Politikverdrossenheit hinaus zur völligen Abkehr vom politischen Leben. Kein demokratischer Staat hält es auf Dauer aus, wenn sich immer stärker eine Haltung des „Wir da unten, die da oben“ durchsetzt. Gewohnheitsmäßiges Misstrauen

in die Politik untergräbt die Fundamente der Demokratie und ist ein riesengroßes Einfallstor für Populisten und schreckliche Vereinfacher aller Art. Die haben auf alles eine Antwort und für nichts eine Lösung.

Misstrauen wächst auch dann, wenn wichtige politische Entscheidungen in immer kleineren Kreisen getroffen werden. Nun weiß jeder, dass es manchmal wirklich nötig ist, sich hinter verschlossenen Türen zu beraten, um zu einem Konsens oder zu einem Kompromiss zu kommen, den alle mittragen können.

Solche Vereinbarungen schaffen nur dann Vertrauen, wenn die Verständigung echt ist, wenn kein fauler Kompromiss kaschiert wird und wenn alle sich an das halten, was sie gemeinsam verabredet haben. Wenn die Verfallszeit von Verabredungen aber kürzer ist als die eines Bechers Joghurt, dann schürt das den Eindruck, dass die politisch Verantwortlichen sich letztlich nicht verständigen wollen oder können.

Besonders schädlich ist es, wenn sich immer mehr das Gefühl breit macht: „Die da oben können es nicht – und zwar auf allen Ebenen und auf allen Seiten“. Ein Umfrageergebnis ist in der Nachkriegsgeschichte übrigens absolut neu: Noch nie hatten so wenig Menschen in Deutschland Vertrauen in die Politik einer Regierung – und noch nie haben gleichzeitig so wenige geglaubt, die Opposition könne es besser.

Das ist der Ausdruck einer tiefgreifenden Vertrauenskrise. Von Ausnahmen abgesehen, geht die Beteiligung bei Wahlen bedenklich zurück. Auch langjährige Mitglieder wenden sich von den Parteien ab. In manchen Gegenden fehlen schon Kandidaten für die Wahlen in den Städten und Gemeinden.

Darin drückt sich für mich das gefährlichste und verhängnisvollste Misstrauen aus: Das fehlende Vertrauen in die eigenen Möglichkeiten, etwas verändern und etwas gestalten zu können. Das trifft nicht nur die eine oder die andere Partei, das richtet sich gegen unser Gemeinwesen als ganzes. Hier droht eine innere Auswanderung aus unserer Demokratie, die wir nicht tatenlos hinnehmen dürfen.

Noch erleben wir keine wirklich bedrohlichen Äußerungen von Enttäuschung und Wut. Wir müssen aber einen stillen Abschied und privaten Zynismus beobachten, resigniertes Schulterzucken von Menschen, die von der Politik nichts mehr erwarten. Das geht oft einher mit fehlendem Vertrauen in die eigene Zukunft.

Es ist höchste Zeit, etwas dafür zu tun, dass wir die Vertrauenskrise überwinden, in die unsere Gesellschaft geraten ist. Wir müssen die Grundlagen des Vertrauens wiedergewinnen. Schönreden hilft da nicht. Wir werden uns anstrengen müssen.

Die Politik muss die Initiative wiedergewinnen gegenüber wirtschaftlichen und anderen Einzelinteressen. Die politische Gestaltung muss zurück in die Parlamente. Die Abgeordneten müssen mit ihrer Stimme die Richtung bestimmen und nicht bloß Beschlüsse von Kommissionen und Konsensrunden verabschieden.

Dazu brauchen wir zunächst einmal eine verständliche politische Sprache. Oft hören wir ja ein seltsames Gemisch aus Abkürzungen und Neubildungen, aus halb verdeutschtem Englisch oder aus absichtlicher Schwammigkeit, aus Verharmlosung und Fachchinesisch.

Was man nicht verstehen kann – und vielleicht auch nicht verstehen soll – das schafft kein Vertrauen. Manchmal glauben die Menschen auch, die Redner wüssten selber nicht so genau, worüber sie sprechen, so abstrakt und lebensfern hört sich vieles an.

Eine verständliche und klare Sprache ist aber notwendig, auch im öffentlichen Streit mit Wort und Widerwort.

Und nichts stärkt das Vertrauen der Menschen mehr als die Übereinstimmung von Wort und Tat. Das ist der einfachste Weg, um Glaubwürdigkeit zu gewinnen – und der ist schwer genug: Sagen, was man tut, und tun, was man sagt.

Wahrhaftigkeit, Glaubwürdigkeit, aber auch Pflichtbewusstsein und Anstand sind Tugenden, auf die wir nicht verzichten können. Wir müssen darauf vertrauen können, dass jede und jeder, da, wo sie Verantwortung tragen, ihre Pflicht tun, dass sie wahrhaftig sind und sich anständig verhalten.

- Wir müssen darauf vertrauen können, dass Handwerker ordentlich arbeiten und korrekt abrechnen. Und die müssen darauf vertrauen können, dass ihre Rechnungen pünktlich bezahlt werden.
- Wir müssen uns darauf verlassen können, dass Manager in erster Linie an das Unternehmen, seine Anteilseigner und Beschäftigten, denken und nicht an ihre eigenen Abfindungen oder Aktienoptionen.

- Wir müssen uns darauf verlassen können, dass wir richtig beraten werden, bei der Bank, beim Einkaufen, beim Abschluss von Verträgen.
- Wir müssen uns darauf verlassen können, dass nicht nur bei Lebensmitteln der Grundsatz gilt: „Es ist drin, was drauf steht“.
- Wir müssen uns darauf verlassen können, dass die öffentliche Verwaltung frei von Durchstechereien und unbestechlich arbeitet, wie das dem stolzen Ideal des deutschen Beamtentums entspricht.
- Wir müssen uns darauf verlassen können, dass Ärzte uns richtig behandeln – und dass sie korrekt abrechnen.

Das sind Forderungen an jeden Einzelnen von uns, da, wo er Verantwortung trägt. Wie aber kann der Einzelne motiviert werden, selber anständig zu handeln und vertrauenswürdig zu sein, wenn er den Eindruck hat, das große Ganze stimmt nicht und der Ehrliche sei wirklich oft genug der Dumme?

Das kann nur gelingen, wenn in der Politik deutlich wird, dass es noch Zukunftsentwürfe gibt, Ziele – und den nötigen Gestaltungswillen. Politik muss mehr sein als ein Reparaturbetrieb gesellschaftlicher Verwerfungen. Politik muss gestalten und darf nicht der Wirklichkeit hinterherhinken. Politik muss mehr sein als die möglichst geschickte Form, das zu kommentieren, was ohnehin geschieht.

Wir müssen den Primat der Politik wieder gewinnen – einer Politik, die sich an Werten orientiert und die sich nicht darauf beschränkt, tatsächliche oder vermeintliche Sachzwänge zu exekutieren.

Politik muss wieder zeigen, dass es sie gibt und dass sie etwas für die Menschen bewirken kann.

Neues Vertrauen in staatliches Handeln wird aber nur wachsen, wenn in Politik und Verwaltung solide gearbeitet wird. Dazu gehört die ernsthafte Auseinandersetzung mit allen Sachfragen, bis ins kleinste Detail. Dazu gehört die Einsicht, dass politische Entscheidungen ihre Zeit brauchen, wenn sie vernünftig sein sollen. Ein westfälischer Mathematiklehrer hat einmal ganz schlicht gesagt: „Richtigkeit geht vor Fixigkeit“.

Politik muss Probleme lösen. Diese Forderung richtet sich an die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen, denn Bund, Länder und Gemeinden sind vielfältig aufeinander angewiesen. Keine politische Partei kann heute nur auf andere zeigen, wenn es darum geht, Veränderungen durchzusetzen.

Ich sage das ausdrücklich an die Adresse aller politisch Handelnden in Regierung und Opposition. Es ist ein Ausdruck von Verantwortungslosigkeit, wenn eine Regierung Vorschläge nur deswegen ablehnt, weil sie von der Opposition kommen, obwohl sie sie insgeheim für vernünftig hält. Und es ist genauso Ausdruck von Verantwortungslosigkeit, wenn eine Opposition vernünftige Vorhaben nur deshalb scheitern lässt, weil sie von der Regierung kommen, obwohl sie sie selber genauso durchsetzen würde, wenn sie an der Macht wäre.

Wer das von fast allen als richtig Erkannte allein aus wahltaktischen Motiven blockiert, mag zwar hoffen, kurzfristig Zustimmung zu gewinnen. Langfristig wird aber unser ganzes Land verlieren.

Eines müssen wir wieder entdecken: Wir können politisch gestalten, wir können Weichen stellen. Wir können sagen, wohin die Reise gehen soll. Dazu braucht es den politischen Willen, den Willen zur Politik. Große Spiele, sagt man im Fußball, werden im Kopf entschieden. Da ist viel dran. Was sich ändern muss, das ist die Haltung, die viele resignieren oder Abschied nehmen lässt von Politik und Staat. Diese Haltung führt letztlich dazu, dass unsere Gesellschaft auseinander fällt und dass jeder versucht, irgendwie für sich allein durchzukommen. Das aber wird nicht gut gehen.

Wir müssen wieder begreifen: Der Staat, die Gesellschaft, das Land, das sind wir, das ist jeder einzelne. Das ist unsere gemeinsame Sache und diese gemeinsame Sache können wir selber gestalten. Wir hören oft, man müsse die Menschen „mitnehmen“, zum Beispiel auf den Weg der Reformen. Das ist gewiss richtig. Orientierung und Führung sind notwendig.

Genauso notwendig ist es aber, auf die Menschen zu hören. Deshalb müssen wir uns neue Gedanken darüber machen, wie sich die Menschen besser und stärker an den Entscheidungen beteiligen können. Wir brauchen neue Ideen und Möglichkeiten für Mitgestaltung und Partizipation in unserer Gesellschaft. Wir müssen politische Willensbildung unter den heutigen Bedingungen besser organisieren.

Unser demokratischer Staat ist mehr als ein Dienstleistungsbetrieb und auch mehr als eine Agentur zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Der Staat schützt und stärkt die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger auch vor den gesellschaftlichen und ökonomischen Kräften, die die Freiheit des Einzelnen längst viel stärker bedrohen als jede Obrigkeit. Dazu legt er auch Regeln und Pflichten zu Gunsten der Gemeinschaft fest. Damit schafft der Staat Freiräume gegen puren Ökonomismus und gegen das alles beherrschende Dogma von Effizienz und Gewinnmaximierung.

Solidarität der Schwachen mit den Schwachen – das genügt nicht. Arbeitende für Arbeitslose, Junge für Alte, Gesunde für Kranke, Nichtbehinderte für Behinderte: Darauf bleibt jede Gesellschaft angewiesen.

Wer politisch vertrauenswürdig sein will, der darf nicht über jedes Stöckchen springen, das Interessenvertreter oder Medien ihm hinhalten. Da wird ein Fall von angeblichem Sozialmissbrauch im Ausland medial groß aufgemacht – der bei Licht besehen gar kein Skandal ist – und schon werden Gesetze geän-



Es gibt eine gefährliche Wechselwirkung von Staats- und Politikverdrossenheit auf der einen Seite und den allzu pauschalen Forderungen nach Privatisierung, Deregulierung und Rücknahme staatlicher Verantwortung auf der anderen Seite.

Die solidarische Absicherung gegen die großen Lebensrisiken, die sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft schafft und damit soziale Stabilität, wird immer häufiger verächtlich gemacht. Sozialer Ausgleich und soziale Gerechtigkeit, so heißt es, bedrohen die Freiheit des Einzelnen. In Wirklichkeit ist es doch immer noch so, dass die Freiheit der meisten Menschen, dass ihre Chancen, ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten, ganz wesentlich von der gesellschaftlich organisierten Solidarität abhängt.

Gewiss: Eigene Verantwortung und eigene Anstrengung sind notwendig und unverzichtbar. Mehr Eigenverantwortung darf aber nicht heißen, dass die Starcken sich nur noch um sich selber kümmern und die anderen sehen sollen, wo sie bleiben.

Ähnliches ließe sich im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform sagen, ähnliches von der Steuerreform.

Wenn eine angeblich benachteiligte Gruppe nur laut genug schreit oder der blanke Populismus publizistisch Verstärkung erfährt, sind die Vorhaben von gestern heute schon nichts mehr wert. Das zeugt nicht von Souveränität. Es schafft vielleicht kurzfristig Applaus, aber nicht langfristig Vertrauen. Vertrauen gewinnt politisches Handeln durch Souveränität und Solidität. Kurzfristiger Aktionismus schafft eher Misstrauen, weil man dann nur darauf wartet, welches Thema wohl morgen hochgespielt wird. Vertrauen entsteht nur da, wo man einen klaren Kurs erkennen kann.

Vertrauen setzt voraus, dass es klare Verantwortlichkeiten gibt und dass sie klar erkennbar sind. Jeder Interessierte sollte wissen können, wer für welche Entscheidungen verantwortlich ist. Das ist aber heute kaum mehr möglich.

Die politisch Verantwortlichen vom Bund bis zu den Gemeinden sind heute zu oft in einer Verflechtungsfalle gefangen. Diese Blockade muss aufgelöst werden. Die institutionalisierte Verantwortungslosigkeit muss aufhören. Genau das muss die Föderalismuskommission zustande bringen.

Zur Ehrlichkeit gehört es darum auch zu sagen, dass vieles aus guten Gründen längst nicht mehr in Deutschland entschieden wird, sondern auf europäischer Ebene. Übrigens: Vertrauen und Glaubwürdigkeit der Politik werden auch dann beschädigt, wenn Politiker etwas als Ausgeburt der Brüsseler Bürokratie an den Pranger stellen, was sie selber in Bund oder Ländern beschlossen und der Europäischen Union vorgeschlagen haben.

Die Medien spielen in der demokratischen Gesellschaft eine besonders wichtige Rolle als Kontrollinstanz. Sie tragen besondere Verantwortung. Unabhängige Medien, die sogenannte vierte Macht im Staat, können und müssen dazu beitragen, dass politische und gesellschaftliche Zusammenhänge durchschaubar werden. Sie können und sollen Missstände und Skandale aufdecken, komplizierte Zusammenhänge erläutern, Hintergründe darstellen und Interessenkonflikte offen legen. Das ist in unser aller Interesse.

Wir müssen aber darauf vertrauen können, dass das Bild, das sie uns von der Welt zeigen, einigermaßen mit der Wirklichkeit übereinstimmt.

Auch hier haben viele Menschen inzwischen viel Vertrauen verloren. Sie haben gelernt, dass man nicht nur mit Schlagzeilen, sondern auch mit Bildern lügen kann, dass halbe Wahrheiten oft schlimmer sind als ganze Lügen, dass nicht alle Themen, die groß aufgemacht werden, wirklich wichtig sind.

Die Medien haben Macht. Oft ist der Grat schmal zwischen scharfer Kritik, die berechtigt ist, und der publizistischen Jagd auf einen Menschen, für die es keine Rechtfertigung geben kann.

Vieles in unserer Gesellschaft, vieles in Politik und Wirtschaft gibt wahrlich Anlass zu Kritik. Die kritische Auseinandersetzung mit Fehlern und Mängeln kann das Vertrauen stärken. Es gibt aber auch in den Medien eine fatale Lust an Schwarzmalerei und klischeehafter Übertreibung. Diese Lust fördert die Entfremdung der Bürger von Politik und Staat.

Der ökonomische Erfolg allein, der Blick auf Quote und Auflage darf die Grundregeln journalistischer Arbeit nicht außer Kraft setzen. Intendanten und Verleger, Chefredakteure und Journalisten – sie alle tragen Mitverantwortung für das Gemeinwesen, das auch durch Häme und Zynismus in Gefahr geraten kann.

Wir müssen die Vertrauenskrise überwinden. Wir müssen vor allem wieder Vertrauen in uns selber gewinnen.

Wir müssen uns immer wieder selber klar machen und mehr darüber sprechen, dass es für uns Deutsche gute Gründe gibt, mit Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft zu schauen.

Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen können nicht wachsen ohne das Bewusstsein davon, wer wir sind und woher wir kommen.

In den letzten Jahren haben sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger neu für unsere Geschichte interessiert. Ich verstehe das als Teil einer Suche nach Identität und Selbstvertrauen.

Dabei gilt für unser Land das gleiche wie für jeden einzelnen Menschen.

Jeder Mensch braucht ein positives Bild von sich selber und strebt danach es zu haben. Gewiss: Jeder Mensch hat in seinem Leben Gutes und Schlechtes erlebt. Aber er kann nicht auf Dauer mit sich selber im Reinen sein, wenn er allein das Schlechte über sein Selbstbild bestimmen lässt.

Auch eine Nation braucht insgesamt ein positives Selbstverständnis und ein positives Verhältnis zu sich selber. Nur so kann sich ein Wir-Gefühl entwickeln, das die Grundlage jeder Nation ist. Neben den Erinnerungen an Niederlagen und an Versagen müssen auch Erinnerungen an Erfolge und Glück stehen. Und ein Blick in unsere Geschichte zeigt nicht nur die furchtbaren Verirrungen und Katastrophen, er zeigt auch, dass politischer Wille und gesellschaftliche Kraft Veränderungen zum Guten bewirken können. Solches Vertrauen in die eigene Kraft brauchen wir.

Vor wie vielen Problemen und Herausforderungen standen wir vor zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren! Wir hatten es mit Schwierigkeiten zu tun, die vielfach als unlösbar galten – und die dennoch

gemeistert wurden. Im Rückblick wissen wir auch, dass es eine Reihe von Entwicklungen gegeben hat, die niemand voraussehen konnte, Entwicklungen, die uns viel Gutes gebracht haben.

Der Fall der Mauer und die europäische Einigung sind die beiden herausragenden Beispiele dafür.

Nie war das Leben der großen Mehrheit in Deutschland freier und individueller als heute. Gewiss: Es gibt auch die Gefahr der Vereinzelung, der Auflösung sozialer Bindungen. Aber alles in allem hatten noch nie so viele Menschen so viele Lebenschancen wie heute.

Unsere deutsche Gesellschaft ist weltoffen und – auch im Vergleich zu anderen Ländern – tolerant gegenüber Minderheiten. Das merken Besucher, die zu uns nach Deutschland kommen, oft stärker als wir selber.

Auf meinen Reisen habe ich immer wieder erfahren, wie groß in allen Teilen der Welt das Vertrauen in uns Deutsche ist.

Das sind positive Entwicklungen, die man nicht voraussehen konnte. Auch manche Ängste und Befürchtungen sind nicht wahr geworden.

Da war vor allem die Angst vor einer atomaren Schlacht zwischen den Supermächten, ausgetragen in Europa, auch auf deutschem Boden, und da war die Angst vor einer ökologischen Katastrophe, die über viele Jahre auch in anderen Ländern mit dem deutschen Wort „Waldsterben“ verbunden war.

Beides ist nicht wahr geworden. Nicht, weil ein Wunder geschehen wäre, sondern weil Menschen Einsicht und Veränderungsfähigkeit bewiesen haben und weil sie mit Engagement für ihre Ziele gearbeitet haben.

Wahrscheinlich gibt es kein zweites großes Land auf unserer Erde, in dem die Menschen umweltbewusster leben als in Deutschland. Wer hätte geglaubt, dass Deutschland tatsächlich den Umstieg auf eine Energieversorgung ohne Atomkraft beschließt! Selbst wer diese Entscheidung für falsch hält, muss anerkennen, dass auch das ein Beispiel dafür ist, dass viele Einzelne, die sich zusammen tun, politisch tatsächlich etwas bewegen können.

Wir sollten uns gelegentlich auch an die gewaltigen Veränderungen der Wirtschaftsstruktur in Deutschland erinnern. Seit über vierzig Jahren schon erleben wir an vielen Orten und in vielen Regionen einen atemberaubenden Strukturwandel. Wir leben ja nicht erst seit gestern in einer Zeit des permanenten Wandels und Aufbruchs. Da ist nicht nur vieles weggebrochen. Da ist auch durch Ideenreichtum und Tatkraft vieles geschaffen worden – im Westen und im Osten.

Das kann Hoffnung machen, dass es uns auch in Zukunft gelingen wird, schwere Probleme zu lösen – auch solche, von denen wir heute noch nicht wissen, auf welche Weise wir das am besten schaffen können.

Auch heute ist unsere Gesellschaft nicht starr. Sie ist in Bewegung.

Wir haben wagemutige Unternehmer, international renommierte Forscher und Wissenschaftler, kreative Ingenieure und hervorragend qualifizierte Arbeitnehmer. Sie schauen nach vorn und bringen unser Land voran.

Es gibt viele gesellschaftliche Initiativen. Ehrenamtliches Engagement und Netze, die für sozialen Halt sorgen, die Neues ausprobieren im kleinen und werben für Veränderung im großen. Was an einem Ort gelingt, kann durch die neuen Kommunikationsmittel schnell Schule machen und oft weltweit Bedeutung bekommen.

Ich sehe, dass immer mehr Menschen, auch unter den jüngeren, den Wert der Familie und den Wert von beständigen, verlässlichen Bindungen wieder erkennen. Ich sehe, dass Kinder mehr Zeit und Aufmerksamkeit geschenkt bekommen – das gibt ihnen unschätzbaren Halt und ein Grundvertrauen, das durch nichts zu ersetzen ist ...

... Es gibt genug Gründe für Vertrauen in Deutschland. Es gibt noch mehr Gründe, Verantwortung zu übernehmen und sich einzumischen.

Es gibt genug Gründe, darauf zu vertrauen, dass wir in Deutschland die Zukunft meistern werden. Es gibt noch mehr Gründe, sich einzusetzen für unser Vaterland, in dem wir gerne leben.

Es liegt an jedem von uns, dieses Land, unser Land jeden Tag ein Stück besser und menschenfreundlicher zu machen.“

Zeit für eine große Koalition: Deutschland braucht tiefgreifende Reformen jetzt! Materiell und mental!

Von RAFAEL SELIGMANN

Die mahnende Botschaft Johannes Raus in seiner letzte „Berliner Rede“ – **speziell an die Politiker** – zu weniger Egoismus und mehr Verantwortungsbereitschaft haben wir alle vernommen. Allein, uns fehlt der Glaube, dass auf die Worte des scheidenden Bundespräsidenten **einschneidende Taten** folgen werden. Nicht, weil unsere Politiker uneinsichtige, egoistische Gesellen wären, sondern auf Grund der Rahmenbedingungen.

Politik in einer Demokratie unterliegt speziellen Regeln. Selbstverständlich haben unsere Politiker das **Allgemeinwohl** im Auge. Doch da Regierung und Opposition oft unterschiedlicher Auffassung sind, wie dieser abstrakte Wert verwirklicht werden sollte, tritt das primäre Gesetz der Politik hervor: **das Streben nach Macht**. Regierung und Regierungsparteien tun alles, um legal an der Macht zu **bleiben**. Die Opposition wiederum versucht, mit allen legitimen Mitteln die Macht zu **erobern**.

Es wäre **unbillig**, von der Opposition mit dem Verweis auf ihre nationale Verantwortung zu verlangen, der Regierung ständig als **Notnagel zur Verfügung zu stehen**. Diese Einstellung würde das Wechselspiel der Macht, das Lebenselixier der Demokratie, außer Kraft setzen.

„Wir haben als Opposition nicht ständig den Staatsinteressen zu dienen, **das ist Aufgabe der Regierung**. Und wir müssen dem Kabinett nicht ständig aus der Patsche helfen. Unsere Pflicht ist vielmehr, durch kräftige Opposition die Regierung in **Bedrängnis** zu bringen und der Öffentlichkeit unsere **Alternative** vor Augen zu führen, damit die Wähler uns schnell an die Macht bringen“. So umriss Winston **Churchill** die Funktion der Opposition.

Nach dieser Taktik führte Oskar Lafontaines SPD in den letzten Jahren der Kohl-Ära das Kabinett Kohl vor und ebnete so der **SPD die Rückkehr zur Macht**. Umgekehrt verfährt die Union heute.

Regierung, Opposition sowie die von Johannes Rau in Teilen ebenfalls scharf kritisierten Unternehmer und Medien sind sich einig, dass unser Land **harter Reformschritte** bedarf, um international wieder konkurrenzfähig zu werden.

Noch vordringlicher ist es, die **nationale Depression** und das sie begleitende **Gejammer** zu überwinden, das schmerzhaft, aber notwendige Veränderungen und die damit verbundenen Opfer **verzögert** oder gar **unmöglich** macht.

Diese Aufgabe wäre mit Hilfe der Opposition gewiss **leichter** zu bewältigen. Doch damit würden CDU-Chefin Merkel und ihr CSU-Kollege Stoiber die Perspektive einer raschen Rückkehr zur Macht **aufgeben**. Dies kann lediglich ein scheidender Bundespräsident verlangen.

Was also tun, um den deutschen Stillstand zu **überwinden**? Da Regierung und Opposition sich gegenseitig blockieren, bleibt nur übrig, ihre Kräfte **zusammen zu spannen**. Das würde eine große Koalition bedeuten.

Jeder, der sich mit der deutschen Politik, aber auch mit Wirtschaft und Gesellschaft dieses Landes beschäftigt, weiß, dass die fälligen Reformen des Arbeitsmarktes, des Steuer- und Rentensystems, des Gesundheitswesens, der Bildungseinrichtungen sowie des Bund-Länder-Verhältnisses sich **nur mit stabilen Mehrheiten** durchsetzen lassen. Diese Voraussetzung aber ist auf absehbare Zeit nur im Rahmen einer **großen Koalition** möglich.

Mancher Unionspolitiker und konservativer Journalist scheint zu glauben, mit der Regierung Schröder sei **eh kein Staat** zu machen. Nach der nächsten Bundestagswahl aber würden CDU/CSU einen derartig überwältigenden Erfolg einfahren und entsprechende Stimmengewichte in den Parlamenten und im Bundesrat erlangen, dass **erst dann** die zwingenden Veränderungen durchgesetzt werden könnten.

Damit würde unser Land zunächst zu einer **mehr als zwei-jährigen Stagnation** verurteilt. Solche Katastrophenstrategen sollten wissen, dass es in der Politik keinen Stillstand gibt. Die Wähler würden Blockadepolitiker **abstrafen**.

Darüber hinaus könnten – **das sollte die Union bedenken** – neue globale Entwicklungen wie eine absehbare (!) Verschärfung des internationalen Terrorismus oder eine Eskalation der Auseinandersetzungen im Nahen Osten mit entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen für Deutschland der Regierung **Schröder** zu einem **Auftrieb in der Wählergunst** verhelfen.

In der Krise hält man sich schließlich lieber an die außenpolitisch bewährte Regierung. Damit würde sich eine konservativ-liberale Mehrheit erneut um **mindestens vier Jahre verschieben**. Fällige Reformen würden für wenigstens sechs Jahre aufgeschoben.

Deutschland braucht die Reformen jetzt. Materiell und mental! Sie dürfen unter keinen Umständen – und schon gar nicht durch kurzsichtige taktische Erwägungen – blockiert werden. Der einzige gangbare Weg zu einer durchsetzungsfähigen nationalen Anstrengung besteht in der **Überwindung** von kleinlichem parteipolitischem Streit durch die Bildung einer großen Koalition.

Zwischen 1966 und 1969 regierte bereits eine große Koalition die Bundesrepublik. Damals wurden die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt saniert und eine vorsichtige außenpolitische Wende eingeleitet, die Voraussetzung für die spätere realistische Ostpolitik wurde.

Die heutigen Herausforderungen des vereinigten Deutschland sind **ungleich größer als damals**. Wir dürfen keine Zeit mehr vergeuden. Je länger wir zuwarten, desto **schmerzhafter** sind die dann unumgänglichen Reformen für die deutsche Gesellschaft.

Jetzt, gegen Mitte der Legislaturperiode ist genau der **richtige Zeitpunkt** zur Bildung einer großen Koalition. Alle vernunftbegabten Bürger, Journalisten, Unternehmer und Politiker sind dazu aufgerufen, diesen notwendigen Schritt, zu dem keine realistische Alternative besteht, zu fordern und zu unterstützen.

„Für alles gibt es die **richtige Stunde**, und eine Zeit für jegliche Sache unter dem Himmel“, heißt es in den Sprüchen Salomons. **Jetzt ist es Zeit** zur Bildung einer großen Koalition.

Berlin und der Krankenstand

Ein fragwürdiger Berlin-Rekord: Die Hauptstadt verzeichnet den **höchsten Krankenstand** in Deutschland. Gemessen an der Zahl der Berufstätigen liegt der Krankenstand in Berlin bei **4,5 Prozent**. Im Bundesdurchschnitt steht dieser Wert bei nur **3,5 Prozent**. Das zeigt eine vom Institut für Gesundheit und Sozialforschung (IGES) im Auftrag der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) Berlin durchgeführte Untersuchung.

Dabei ergab sich unter anderem, dass 27 Prozent aller Krankenschreibungen in Berlin auf **maximal drei Tage** begrenzt sind. Wobei – kurioserweise – Jugendliche bis 19 Jahre zehnmal so häufig bis zu drei Tage krankgeschrieben sind wie über 60 Jahre alte Berliner.

Bei den Kurzzeiterkrankungen, so heißt es in der Untersuchung weiter, würden – bezogen auf alle Berliner – in der Hauptstadt **„Kopfschmerzen“** fast doppelt so oft attestiert wie im Bundesdurchschnitt, **„Übelkeit und Erbrechen“** immerhin 60 Prozent häufiger.

Schließlich: Die höchste Krankenschreibungsrate gibt es in Berlin mit 5,9 Prozent in der **öffentlichen Verwaltung**.

Berliner CDU umschmeichelt die Grünen als Koalitionspartner

Wohl wissend, dass es zwischen **CDU und Grünen** in bestimmten Politik-Bereichen sogar konträre Positionen gibt, hat sich der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, Nicolas Zimmer (33), von neuem für eine „**Zusammenarbeit**“ zwischen CDU und Grünen auf Berliner Landesebene ausgesprochen.

Obwohl Union und FDP viel verbinde, müsse die CDU auch „außerhalb des bürgerlichen Lagers“ nach einem **Koalitionspartner** suchen, so Zimmer zur Begründung seines Vorstoßes, der manchen überraschen mag.

Wer sich freilich die vom *forsa*-Institut im Mai 2004 ermittelten politischen Kräfteverhältnisse in Berlin näher ansieht, wird Zimmers Avancen gegenüber den Landes-Grünen **sofort verstehen**:

Laut *forsa* wollen derzeit 33 Prozent aller Wahlwilligen (!) in Berlin bei einer Abgeordnetenhaus-Wahl CDU wählen, 5 Prozent die FDP, aber 16 Prozent die Grünen. **33 + 16 Prozent = 49 Prozent**; das reichte für eine Sitz-Mehrheit. 33 + 5 Prozent dagegen sicher nicht, selbst falls die Berliner FDP nicht (mal wieder) an der 5-Prozent-Hürde scheitert.



CDU-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus: Nicolas Zimmer.

Die Alternative zu CDU + Grüne wäre rechnerisch nur **CDU + SPD**, die derzeit in Berlin landespolitisch bei 24 Prozent liegt. Angesichts des spektakulären Scheiterns der langjährigen CDU/SPD-Koalition in Berlin vor einigen Jahren ist eine Wiederauflage eines solchen Bündnisses aber **extrem unwahrscheinlich**.

Und **Rot-Rot** wie derzeit? Einer solchen Koalition fehlte nach den aktuellen *forsa*-Zahlen **bei weitem** die nötige Mehrheit. Denn 24 Prozent (SPD) + 14 Prozent (PDS) macht eben nur 38 Prozent.

So blieben nach gegenwärtigem Stand für die Berliner Landespolitik nur zwei Möglichkeiten für eine Regierungskoalition: **CDU + Grüne** (auch wenn die sich im Moment noch reserviert geben) oder **Rot-Grün-Rot**.

Wer die Berliner Verhältnisse genauer kennt, wüsste allerdings noch eine dritte Möglichkeit: **CDU + Grüne + PDS**. Undenkbar? Wohl vielleicht für die Berliner Landespolitik. Im besonders wichtigen Stadtbezirk Berlin-Mitte aber haben diese drei Parteien gemeinsam schon viele wichtige Weichen gestellt ...

Wt.



„Die Girlreihe“ – das große Ballett des Friedrichstadtpalasts ist eine seiner besonderen Attraktionen.

Erfolgsstory – 20 Jahre neuer Friedrichstadtpalast

Wenn der Vergleich nicht hinkte, könnte man den **Friedrichstadtpalast** als die „Titanic“ unter den Berliner Vergnügungstempeln bezeichnen. Nun, die „Titanic“ ging bekanntlich auf ihrer Jungfernfahrt unter, der Friedrichstadtpalast (1895 Plätze) hingegen befindet sich nach einigen Stürmen und Unwettern zu Beginn der neunziger Jahre mittlerweile in relativ ruhigem Fahrwasser. Unlängst wurde dort der 20. Geburtstag am Standort in der **Friedrichstraße 107** gefeiert.

Die Mischung aus **Glamour und Volkstheater** hat rund um die Friedrichstraße jedoch eine viel längere Tradition und reicht mehr als 100 Jahre zurück. 1867 zunächst als Markthalle mit gigantischen Dimensionen errichtet, aber schnell als unrentabel erkannt, wurde die ursprüngliche Halle **schon 1873** in eine Zirkusarena mit **5000 Plätzen** umgebaut.

In den folgenden Jahrzehnten bestaunten die Berliner dann Artisten, Attraktionen und Sensationen von den **Zirkusunternehmern** Salamonsky, Renz und Schumann, deren klangvolle Namen auch heute noch im Gedächtnis nachhallen.

Das Ballett
in tänzerischer
Aktion ...



1918 verwirklichte der Regisseur und Schauspieler **Max Reinhardt** seine Vision vom Volkstheater – der Zirkus wurde zum „Großen Schauspielhaus“ mit sage und schreibe **3000 Plätzen** umgebaut. Eine Zahl, die heutigen Theaterbetreibern wohl nur noch den **Angstschweiß** auf die Stirn treiben dürfte – angesichts der Schwierigkeit, all diese Plätze zu füllen.

1924 wird der erfolgreiche Revue-Produzent **Eric Charell** Direktor des Hauses. Die junge **Marlene Dietrich** trat auf – lange bevor sie ihren Ruhm als „Blauer Engel“ begründete –, **La Jana** und die **Comedian Harmonists**. In den dreißiger Jahren wurde Paul Linckes Operette „**Frau Luna**“ („Das ist die Berliner Luft, Luft, Luft ...“) 400 Mal vor ausverkauftem Haus gespielt

In den Jahren nach dem 2. Weltkrieg entstand der Friedrichstadtpalast von der künstlerischen Konzeption her **so** wie man ihn heute kennt. 1947 erhält er seinen Namen und der Direktor **Gottfried Herrmann** legt den Grundstein für die heutige Form von Revue-theater mit glanzvoll ausgestatteten Bühnenbildern und natürlich einem eigenen Ballett – der legendären „**Girlreihe**“.

Außerdem **gastierten** weltberühmte Ensembles wie das Bolschoi-Ballett oder der Moskauer Staatszirkus. In den sechziger Jahren kamen Auftritte von Stars wie **Louis Armstrong**, **Ella Fitzgerald** und **Gilbert Becaud** hinzu.

1980 dann das vorläufige Aus. Die Bausubstanz war derart marode, dass ein Abriss unumgänglich war. Der alte Standort „Am Zirkus“, gleich um die Ecke vom Berliner Ensemble, sollte aufgegeben werden. Das Politbüro der SED und der Ost-Berliner Magistrat beschlossen das „**Sonderbauvorhaben**“ Friedrichstadtpalast für geschätzte Kosten von damals etwa 230 Millionen DDR-Mark.

Wohl nur selten in der vierzigjährigen Geschichte des ehemaligen Arbeiter- und Bauernstaates spielte **Geld eine so geringe Rolle**. Während der Bauphase konnte das Ensemble mit Gastspielen auf Berliner Bühnen und im Ausland zusammengehalten werden.

Am 27. April 1984 dann wurde der neuerbaute Friedrichstadtpalast an seinem **heutigen Standort** feierlich und in Anwesenheit des damaligen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker wiedereröffnet. Der Zuschauerraum ist dem antiken Amphitheater nachempfunden, die technische Ausstattung **sucht wahrlich ihresgleichen**.

Laserkanonen, sowie eine Eisbahn und ein Wasserbassin (Fassungsvermögen: 180 000 Liter!), die beide im Nu aus dem Keller auf die Bühne hochgefahren werden können, sind hier wohl die **faszinierendsten Spielereien**.

Unangefochtene Attraktion der ganz besonderen Art ist nach wie vor das Ballett mit seinen 32 Tänzerinnen – jede davon mit dem Mindestgardemaß von 1 Meter 70. **Ein echter Hingucker!** Den bekamen auch die Fernsehzuschauer in der DDR immer wieder zu sehen. Die Samstagabendunterhaltung „Ein Kessel Buntes“ brachte von hier aus **Glamour** in DDR-Wohnzimmer mit MuFuTi (Multifunktionstisch).

In den ersten Jahren **nach der Wende** von 1989 geriet das große Schiff Friedrichstadtpalast ein wenig ins Schlingern, nicht zuletzt durch einen drastischen Zuschauerrückgang. Seit 1993 aber steht Intendant Alexander **Iljinskij** auf der Kommandobrücke. In dieser Zeit hat er den riesigen Unterhaltungsdampfer mit seinem Konzept, das eine Mischung aus **traditioneller Revue mit modernen Showelementen** vorsieht, auf einen sicheren Kurs gebracht.

Nach eigenen Angaben spielt der Friedrichstadtpalast mittlerweile **70 Prozent seines Etats** selbst ein. Darüber hinaus lassen die vielen auswärtigen Besucher jährlich rund **30 Millionen Euro** zusätzlichen Umsatz in der Stadt zurück. Darin liegen wohl auch die Gründe, weswegen subventionskürzungswütige Politiker ihre Torpedos mittlerweile auf **andere Ziele** der Berliner Kultur ausgerichtet haben.

Am **1. August** dieses Jahres wird zumindest die Erfolgsära des Intendanten Iljinskij zu Ende gehen, der sich künftig intensiver dem Schreiben und eventuell der Rundfunkmoderation widmen möchte. Entsprechende Anfragen soll es bereits geben.

Sein Nachfolger Thomas **Münstermann**, bisheriger Operndirektor des Stadttheaters Osnabrück, wird jedenfalls ein bestelltes Haus vorfinden. Seine Aufgabe wird in erster Linie darin bestehen, dafür zu sorgen, dass es den Friedrichstadtpalast weiterhin gibt, wofür eine **gute Pflege von Publikum und Personal** gleichermaßen nötig sei, wie Iljinskij einmal äußerte.

Frei nach dem Motto „**The show must go on**“ wird dann auch weiterhin Abend für Abend der Vorhang hochgehen. In den 20 Jahren im neuen Haus verzeichnet die Chronik lediglich **eine einzige** Vorstellung, die nicht stattfand. Es lag an einer kleinen Störung im Computer, über den die gesamte Technik gesteuert wird. Glücklicherweise verirrt sich nur selten ein Eisberg nach Berlin ... Christian Daus

Statt mehr Schulden höhere Mehrwertsteuer? Ja, nein, ja, nein ...

Von JOACHIM RIECKER

Spaniens neuer Ministerpräsident José Luis **Zapatero** hatte nach seinem Antrittsbesuch in Berlin gerade das Kanzleramt verlassen, als am Abend des 28. April das **Büro** von Amtschef Frank-Walter **Steinmeier** zum Schauplatz eines mittlerweile **legendären Treffens** wurde:

Finanzminister Hans **Eichel** informierte dort Bundeskanzler Gerhard Schröder, Außenminister Joschka **Fischer**, SPD-Partei- und Fraktionschef Franz **Müntefering** und Steinmeier über die neuen dramatischen Steuerausfälle. Schon nach **drei** Monaten, so Eichels Botschaft bei Rotwein und Käsehäppchen, ist der Bundeshaushalt 2004 **reine Makulatur**.

Gegen den inhaltenden **Widerstand** des Finanzministers – „Superminister“ Wolfgang Clement war nicht anwesend – beschloss die rot-grüne Spitzenrunde, auf die neuen Haushaltslöcher **nicht** mit einem **Sparpaket** oder mit einer **Erhöhung der Mehrwertsteuer** zu reagieren, sondern im Wesentlichen zusätzliche **Kredite** aufzunehmen.

Fischer beschrieb diesen Kurs wenige Tage später in einem Interview mit den Worten: „Nur sparen, streichen, kürzen **bringt nicht** das erforderliche Wachstum“. Und SPD-Chef **Müntefering** ergänzte: „Wir können die Spar-Spirale nicht jedes Jahr weiter drehen, denn das würde die Wirtschaft **abwürgen**“.

Seit seiner Wahl zum SPD-Chef Mitte März verfolgt Franz Müntefering ein Ziel, dem er alles andere **unterordnet**: Um nahezu jeden Preis will er die durch die Reformdiskussion und katastrophale Wahlniederlagen zutiefst verunsicherte **SPD wieder aufrichten** und stabilisieren.

Vor allem deshalb trieb er das Gesetz für eine **Ausbildungsplatz-abgabe** voran, und vor allem deshalb will er die umstrittene „**Bürgerversicherung**“ im Gesundheitswesen nun doch noch vor der nächsten Bundestagswahl auf den Weg bringen. Ein milliarden-schweres Sparpaket würde da in Partei und Fraktion nur für **neuen Unmut** sorgen.

Doch Kanzler, SPD-Chef und Außenminister hatten ihre Rechnung **zunächst ohne Eichel** gemacht. Wenige Tage nach dem nächtlichen Treffen im Büro des Kanzleramtschefs waren **Verlauf und Inhalt** der Diskussion in einem Nachrichtenmagazin nachzulesen – detailgenau bis hin zur Sitzordnung.

Ohne es beweisen zu können, ist Schröder mittlerweile überzeugt, dass Finanzminister Hans **Eichel** hinter der **gezielten Indiskretion** steckt, um seinen Sparkurs vielleicht doch noch zu retten.

Doch damit nicht genug: Etwa zur selben Zeit wurde ein **Geheimplan** Eichels für einen Befreiungsschlag zur Sanierung der Staatsfinanzen bekannt. Durch die **Erhöhung der Mehrwertsteuer** um bis zu fünf Punkte – sie liegt in Deutschland mit 16 Prozent deutlich **unter** dem EU-Durchschnitt – sollten die **Milliardenlöcher** gestopft und zugleich die – im europäischen Vergleich wiederum zu hohen – **Lohnnebenkosten** gesenkt werden.

Auf diese Weise, so Eichels Kalkül, könne nach drei Jahren Stagnation der **Teufelskreis** von hoher Arbeitslosigkeit, hohen Lohnnebenkosten und immer höherer Staatsverschuldung endlich durchbrochen werden. Auch wären die **Maastricht-Kriterien**, gegen die Deutschland 2004 das dritte Mal in Folge verstoßen wird, mit dieser Radikalur **künftig** einzuhalten.

Doch Schröder und Müntefering – er ist in der Innenpolitik mittlerweile zur **bestimmenden Figur** geworden – lehnten ab. Sie fürchten massive öffentliche Kritik wegen einer Steuererhöhung und haben überdies Zweifel, ob **CDU** und **CSU** den Plan im Bundesrat mittragen würden.

Nicht ohne Grund: Spitzenpolitiker der Union machen schon seit Monaten klar, dass sie die von Rot-Grün geforderte Abschaffung der Eigenheimzulage und die Kürzung der Entfernungspauschale zwar selbst für richtig halten, sich diese Maßnahmen jedoch für die Finanzierung ihrer **eigenen großen Steuerreform** aufsparen möchten. **Ähnliches** gilt auch für die Erhöhung der Mehrwertsteuer, mit der die Union eine Senkung der **direkten Steuern** zumindest teilweise ausgleichen will.

Eichel musste das **Veto** von Kanzler und Parteichef akzeptieren. Dass er dennoch mit vielen Mitteln um seine Position kämpft, hat einen simplen Grund: Zum dritten Mal in Folge hat er sich nun mit seinen Haushaltsplanungen **grob verschätzt** und droht als Schuldenminister in die bundesdeutsche Finanzgeschichte einzugehen.

Im Wahljahr 2002 wollte er ursprünglich nur **neue** Kredite in Höhe von **21,1** Milliarden Euro aufnehmen – am Ende waren es **31,8** Milliarden. Wochenlang **verschleierte** er damals kurz vor der Wahl den Zustand der Staatsfinanzen und setzte damit seine gesamte Reputation aufs Spiel. Bis heute ist der damals eingetretene Imageschaden für ihn **nicht behoben**.

Noch dramatischer fiel Eichels Bilanz im vergangenen Jahr aus: Anstelle der ursprünglich vorgesehenen **18,9** Milliarden Euro fehlten Eichel am Ende **38,6** Milliarden Euro in der Kasse, die er sich auf dem **Kapitalmarkt** besorgen musste. Doch damit nicht genug:

2004 droht dem Finanzminister ein **noch größeres** Debakel. Weil der ersehnte Wirtschaftsaufschwung auf sich warten lässt und weil die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Deutschland immer weiter zurückgeht, könnte Eichel gezwungen sein, in diesem Jahr zwischen **40 und 45** Milliarden Euro an **neuen** Schulden aufzunehmen – mehr als je zuvor ein Bundesfinanzminister.

Bislang hält noch Eichels Vor-Vorgänger **Theo Waigel** von der **CSU** (zwischen Waigel und Eichel amtierte Oskar Lafontaine) den Neu-Schuldenrekord – mit umgerechnet **40** Milliarden Euro im Jahr 1996. Offiziell eingeplant hat Eichel für 2004 eine Nettokreditaufnahme von „nur“ **29** Milliarden Euro.

Allenfalls ein kräftiger Wirtschaftsaufschwung in der zweiten Hälfte des Jahres könnte die ausufernde Neuverschuldung noch **eindämmen**. Doch die Bundesregierung rechnet selbst nicht mehr damit, hat sie doch kürzlich ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr von **1,7 auf 1,5** Prozent **gesenkt**.

Die **Hoffnungen** Schröders und Münteferings richten sich nun vor allem auf das nächste Jahr, **auf 2005** also. Falls die Wirtschaft dann doch noch anzieht und erste positive Wirkungen der „Agenda 2010“ wirksam werden, kann aus ihrer Sicht die **Sanierung** der Staatsfinanzen wieder in Angriff genommen werden.

Falls dann auch die SPD durch Projekte wie die Ausbildungsplatzabgabe und die „Bürgerversicherung“ neuen Mut gefasst hat, ist nach Münteferings Überzeugung sogar ein **Sieg** bei der **Landtagswahl** in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 und bei der **Bundestagswahl** im Herbst 2006 denkbar.

Doch auch SPD-Bundestagsabgeordnete räumen hinter vorgehaltener Hand ein, dass ihre Parteiführung mit dieser „Strategie der frommen Wünsche“ vor allem auf eines setzt: Auf das **Prinzip Hoffnung**.

IMPRESSUM	DER HAUPTSTADTBRIEF
erscheint seit Oktober 1999	monatlich
Herausgeber	Detlef Prinz
Redaktionelle Konzeption und Chefredaktion	Bruno Waltert
Bildredaktion	Paul Maria Kern
Gestaltung	Schmidt & Kern.Design am Ufer
Titelfoto	ddp / Martin Oeser
Satz und Bildbearbeitung	Mike Zastrow, HAUPTSTADTBRIEF Berlin
Anzeigen	es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom Januar 2004
Verlag	HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH
	Tempelhofer Ufer 23/24, 10963 Berlin
	Telefon 030 - 21 50 54 00, Fax 030 - 21 50 54 47
	info@derhauptstadtbrief.de
Druck	druckpunkt Druckerei Repro GmbH,
	Potsdamer Straße 85, 10785 Berlin-Tiergarten
Redaktionsschluss	23. Mai 2004



Im Osten weiter Jugendweihen

In den Bundesländern im deutschen Osten geht jetzt, wie jedes Jahr um diese Zeit, die Saison der „**Jugendweihen**“ zu Ende. Es wird geschätzt, dass in diesem Jahr **70 bis 80 Prozent** aller 14jährigen an einer Jugendweihe (teilweise auch „Jugendfeier“ genannt) teilgenommen haben. Ob die Schätzung zutrifft, ist allerdings **umstritten**.

Viele im Westen werden fragen: Ist nicht „Jugendweihe“ ein Relikt aus der **DDR**? Die Antwort ist: **Nein und ja**. Nein, weil es sie in Deutschland als „Ersatz“ für entsprechende kirchliche Feiern schon seit **1852** gibt, begründet übrigens von Pfarrer Eduard Baltzer, einem engagierten protestantischen Freikirchler. Und jahrzehntelang unter anderem favorisiert von der **Sozialdemokratischen Partei**.

Richtig ist aber auch, dass zu **DDR-Zeiten** die SED-Führung alles unternahm, die 14jährigen über die Jugendweihen (und die lange Vorbereitungszeit darauf) **für den SED-Sozialismus** zu gewinnen. Mit hohem Geldeinsatz für „Lockmittel“ und mit oft heftigem Druck wurde 1965 eine Teilnahmequote von 88,5 Prozent erreicht, 1985 gar von 97,4 Prozent.

Bei den DDR-Jugendweihe-Feiern mussten die Jugendlichen unter anderem geloben, „für die **große und edle Sache des Sozialismus** zu arbeiten und zu kämpfen“. Gleichwohl hatten sich die Jugendweihen in der DDR bei der Bevölkerung schon früh dominant zu **Familienfesten** mit vielen Gästen und mit Geschenken entwickelt.

So blieb, als die politische Repression von 1990/1 an entfallen war, der **Familienfeier-Aspekt** bei vielen im Osten weiter erhalten. Nachdem sich viele Jugendweihe-Vereine gegründet hatten (anfangs in Teilen auch mit verdeckter PDS-Nachhilfe), spielte es sich ein, dass Jugendweihen im Osten weiterhin üblich sind, auch – wegen des verbreiteten Atheismus – als Ersatz für kirchlich organisierte „**erste Schritte**“ ins **Erwachsenenleben**. Übrigens: Kürzlich erst war Brandenburgs stellvertretender Regierungschef Jörg **Schönbohm** (**CDU**) Festredner bei einer Jugendweihe in Wittenberge ... Wt.

Die Parteipräferenzen im Bund

Immer noch wenig Bewegung. Die PDS stabilisiert sich weiter bei 5 %

		SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne	PDS
		Alle Angaben in Prozent				
Bundestagswahl*		38,5	38,5	7,4	8,6	4,0
Umfragewerte in Woche ...						
2003	38. (15.9.-19.9.)	28	47	7	11	3
	39. (22.9.-26.9.)	26	50	6	12	3
	40. (29.9.-3.10.)	26	50	6	11	4
	41. (6.10.-10.10.)	25	51	6	11	4
	42. (13.10.-17.10.)	25	51	6	11	4
	43. (20.10.-24.10.)	24	51	7	11	4
	44. (27.10.-31.10.)	23	51	6	11	5
	45. (3.11.-7.11.)	25	49	6	11	5
	46. (10.11.-14.11.)	25	48	7	11	5
	47. (17.11.-21.11.)	26	47	7	11	5
	48. (24.11.-28.11.)	26	48	7	11	4
	49. (1.12.-5.12.)	26	48	6	11	5
	50. (8.12.-12.12.)	27	47	7	11	5
51. (15.12.-19.12.)	28	49	6	10	4	
52. (22.12.-26.12.)	27	49	6	11	4	
2004	1. (29.12.-2.1.)	28	48	6	10	5
	2. (5.1.-9.1.)	27	48	6	11	5
	3. (12.1.-16.1.)	26	49	7	10	4
	4. (19.1.-23.1.)	24	50	8	9	5
	5. (26.1.-30.1.)	24	49	8	10	5
	6. (2.2.-6.2.)	24	49	7	11	5
	7. (9.2.-13.2.)	26	47	7	11	5
	8. (16.2.-20.2.)	26	47	7	11	5
	9. (23.2.-27.2.)	26	47	8	12	4
	10. (1.3.-5.3.)	25	49	6	12	4
	11. (8.3.-12.3.)	25	49	6	12	5
	12. (15.3.-19.3.)	26	48	6	12	5
	13. (22.3.-26.3.)	27	47	6	11	5
	14. (29.3.-2.4.)	27	47	6	11	5
	15. (5.4.-9.4.)	28	47	6	11	5
	16. (12.4.-16.4.)	27	47	6	11	5
	17. (19.4.-23.4.)	27	47	6	12	4
	18. (26.4.-30.4.)	27	46	7	11	5
	19. (3.5.-7.5.)	27	46	7	11	5
	20. (10.5.-14.5.)	26	47	6	12	5
	21. (17.5.-21.5.)	26	46	7	12	5

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch **wöchentliche** Befragung von in der Regel **rund 2500** wahlberechtigten Deutschen.

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2002

Quelle: forsa



Musik-Sommer an Berlins Gendarmenmarkt

Im Zentrum
des Gendarmenmarkts:
Das Konzerthaus –
hier illuminiert.

Hier schlägt das Herz von Berlin. Hier ist das **eigentliche Zentrum** der Hauptstadt. Was hat der Gendarmenmarkt nicht alles **erlebt** in den letzten Jahrzehnten! Staatsbesuch und Feuerwerk, Eislaufen und Weihnachtsmarkt, die tägliche Kavalkade der Sightseeing-Busse.

Und weiter die Karossen der Prominenz auf dem Weg zu luxuriösen Speisehäusern, Filmdreharbeiten mit Londoner Kulissen, Faschingstreiben, einst auch militärischen Pomp beim Zapfenstreich der DDR-Volksarmee, Räumung nach Bombenalarm im Hilton-Hotel und einen Großbrand am Deutschen Dom, der mit dem Französischen Dom gegenüber den **wunderschönen** Platz flankiert.

Mittendrin und beherrschend: **Schinkels Schauspielhaus** (heute: „Konzerthaus“) mit der imponierenden Freitreppe, auf der sich die Mächtigen und die Schönen dieser Welt im Scheinwerfer- und Blitzlicht wohlfühlen. Und immer wieder: Musik, Musik, Musik. Vom Trio weißrussischer Straßenmusikanten bis zu Philharmonischen Hundertschaften.

Wenn sich je ein Platz als **musikalisches** Zentrum einer Stadt rühmen durfte, dann der Gendarmenmarkt, der unter Friedrich dem Großen nach dem Siebenjährigen Krieg jene Gestalt anzunehmen begann, die ihn heute in jedem besseren Lexikon als **einen der schönsten Plätze Europas** qualifiziert.

Nicht Leierkasten oder Kesselpauke, sondern die fein abgestimmten Instrumente der klassischen Musik beherrschen wieder das Programm von **zwei sommerlichen Festivitäten**, die sich am Gendarmenmarkt etabliert haben.

Vom 1. bis zum 6. Juli gibt es im 13. Jahr **Classic Open Air**, diesmal eröffnet durch Claus Peter Flor als Dirigenten, mit dem weltweit gefeierten Klarinetten-Solisten **Giora Feidman** und dem Berliner Sinfonie-Orchester bei einem „Galakonzert der Klassik“.

Das weitere Programm nennt **Kurt Masur** und die Dresdner Philharmonie mit **New Classic Stars** in Concert (2. Juli), wobei sich internationale Preisträger der Kammeroper Rheinsberg präsentieren, „**American Classics**“ (3. Juli) mit Gershwin-, Ellington- und Bernstein-Evergreens, ein „**Rendezvous mit Mozart**“ (4. Juli) sowie am 5. Juli die Grand Dame des kubanischen Jazz, **Omara Portuondo**, mit **Ibrahim Ferrer**, beide bekannt aus Wim Wenders' „Buena Vista Social Club“-Film. **Dazu** spielt das Deutsche Filmorchester Babelsberg.

Abschluss und vielleicht **Höhepunkt** ist am 6. Juli „**Viva La Opera**“ – ein Festival der großen Stimmen mit **Montserrat Caballé** und **José Cura**. Auf alles schaut dabei wohlgefällig der Weimarer Klassiker Friedrich Schiller vom Denkmalssockel herab ...

Ebenfalls eine feste und gute Adresse an diesem Ort ist **young euro classic**, die August-Begegnung von zahlreichen europäischen Jugendorchestern. Neben Ensembles aus Irland, Großbritannien und Finnland, aus der Bundesrepublik wartet das young-euro-Fest in seiner **fünften** Saison mit einer **charmanten Novität** auf:

Im Jahr der EU-Erweiterung werden sich Mitglieder der Orchester aus Spanien (Alt-EU-Land) und Lettland (Neu-EU-Land) in **eigenen** Konzerten kameradschaftlich Konkurrenz machen, danach **gemeinsam** in Berlin proben und abschließend in **gemischter Besetzung** zwei Konzerte bieten. Gemixtes Doppel, diesmal nicht auf dem Tennisplatz. Nebenher wird durch solch gemeinsames Spiel bewiesen, dass der Musik Grenzen nicht standhalten.

Debütanten im August-Programm sind das Jugendorchester der Slowakischen Musikgesellschaft und das Symphonieorchester der Musikakademie Ljubljana aus Slowenien. Das symbolische Rendezvous von Ost und West passt prima zu young euro, einem Berlin-Ereignis, das sich als „**musikalische Baustelle**“ versteht, in der ständig gearbeitet, ausgebaut und experimentiert wird.

Stolze Bilanz: Insgesamt waren bisher **37 Jugendorchester aus 29 Ländern** in Berlin zu Gast. Und auch diese Zahl stimmt hoffnungsvoll für die Zukunft: **29 Botschafter** unterstützen in einem Diplomatic Board mit Rat und Tat das künftige Festival, von Schweden bis Aserbaidschan, von Israel bis Portugal. Damit auch künftig am Gendarmenmarkt jugendliche Musik den **Ton angeben** möge. -nz

Classic Open Air,
Knausstraße 3, 14193 Berlin,
Tel: 31 57 540, Fax: 31 57 54 49,
Ticket-Hotline 308 785 685,
www.classicopenair.de und
www.ticketonline.de

young euro classic,
Deutscher Freundeskreis
europäischer Jugendorchester e.V.,
Meierottostraße 6, 10719 Berlin,
www.young-euro-classic.de,
Einheitspreis: 9 Euro.
Kartenvorverkauf
im Kulturkaufhaus Dussmann,
Friedrichstraße 90, 10117 Berlin
oder über Ticket-Hotline
Tel: 53 03 60 60, Fax: 26 55 40 92

Wenn sich im Osten keine eigenständige Wirtschaftskraft entwickelt, werden die Jüngeren abwandern

HAUPTSTADTBRIEF-Interview mit Klaus von Dohnanyi

Frage: Herr von Dohnanyi, Sie haben mit Ihrem Gesprächskreis Ost kontroverse Reaktionen über Erfolge und Misserfolge beim Aufbau Ost ausgelöst. Ihr Fazit?

Dohnanyi: Die Reaktionen zeigen, dass eine Diskussion überfällig war. Im Einzelnen gibt es zwar gewisse Missverständnisse. Wir haben beispielsweise die Sonderwirtschaftszone nicht als technischen Begriff gefordert, sondern beschrieben, was sich de facto bei Anwendung einer Vielzahl zusätzlicher Instrumente ergeben würde. Wir hatten auch nicht dem Osten vorgerechnet, was der Westen alles finanziell getan hat, sondern darauf aufmerksam gemacht, dass es auch im vitalen finanziellen Interesse des Westens liegt, sich um den Aufbau Ost zu kümmern. Denn wenn das nicht geschieht, werden die Transferzahlungen nicht zurück gehen; sie würden sogar steigen. Bisher habe ich den Eindruck, dass sich die westlichen Bundesländer nicht wirklich für den Aufbau Ost interessieren. Der Westen muss aber begreifen, dass es ihm selbst ans Leder geht, wenn er sich nicht kümmert.

Frage: „Gekümmert“ hat sich der Westen immerhin mit 1,2 Billionen Euro im West-Ost-Transfer seit 1990. Das ist ungefähr soviel wie die gesamte deutsche Staatsverschuldung. Wo ist der Nutzen für die Bürger in Ost und West?

Dohnanyi: Das ist ein weiteres Missverständnis, das der Gesprächskreis nicht verursacht hat: Wir sagen, es ist sehr viel erreicht im Osten. Die Infrastruktur, die Stadterneuerungen, die Versorgung der Menschen. Vieles ist wirklich vorangekommen. Woran es aber fehlt, das ist eine selbsttragende Wirtschaft.

Frage: Die Last beläuft sich auf jährlich rund 90 Mrd. Euro, ungefähr doppelt so viel, wie die Bundesrepublik jährlich für Bildung ausgibt. Trotzdem konstatieren Sie Stillstand Ost bei Absturz West. Wollen Sie den Transfer noch erhöhen?



Klaus von Dohnanyi ist prominentes Mitglied der „Gesprächskreis Ost“ genannten Regierungskommission, die sich mit der wirtschaftlichen Lage im Osten befasst. Ein Zwischenbericht des Gesprächskreises hatte im November 2003 für viel Aufsehen gesorgt. Im HAUPTSTADTBRIEF-Interview avisiert von Dohnanyi den Abschlussbericht für Ende Juni/Anfang Juli 2004. Das Interview führte KLAUS WIRTGEN, während des Interviews fotografierte Aris Papadopoulos.

Dohnanyi: Zunächst wiederum: Wir haben keinen „Abstieg West“ konstatiert. Wir haben gewarnt vor einem „weiter so“. Wir wollen die Mittel wirkungsvoller einsetzen, konzentrieren auf industrielle Wachstumskerne. Wir drängen darauf, dass die Verwendung der Mittel in einem stärkeren Umfang zur Entwicklung einer sich selbst tragenden Wirtschaft in Ostdeutschland beiträgt.

Frage: Warum ist das mit 90 Mrd. Euro pro anno bisher nicht gelungen?

Dohnanyi: Es gibt ja Fortschritte, auch Wachstumskerne („Cluster“) genannt. Aber ein zu großer Teil der Mittel geht heute noch unmittelbar in den sozialen Bereich und zum Teil auch in nicht notwendige Infrastruktur. Wir meinen, die Mittel sollten stärker systematisch für den Aufbau einer starken Wirtschaft, insbesondere für verarbeitendes Gewerbe und Industrie genutzt werden.

Frage: Die sozialen Unterschiede zwischen Ost und West sind nach wie vor eklatant. Seit 1997 steigt im Osten die Arbeitslosigkeit wieder stärker als im Westen. Kann man das einfach ignorieren?

Dohnanyi: Im Gegenteil. Aber die Ausgangsposition für den Osten war 1990 auch ungeheuer schwierig. Es gab rund 9 Millionen Arbeitnehmer, kaum einer hatte jedoch einen im Wettbewerb erworbenen Arbeitsplatz. Jetzt müssen wir nach vorne schauen und nicht zurück; die Mittel eben künftig noch effektiver konzentrieren.

Frage: Gibt es darüber Differenzen?

Dohnanyi: Es gibt vielleicht Meinungsverschiedenheiten mit der Bundesregierung über die Frage, wie viel Infrastruktur im Osten eigentlich noch nötig ist. Natürlich muss eine gute Infrastruktur der großen Verkehrswege und des Stadtbaus geschaffen werden. Aber es gibt auch Infrastrukturinvestitionen, die entbehrlich sind. Diese Mittel sollte man konsequent zum Beispiel für Forschung und Entwicklung im Osten einsetzen.

Frage: Halten Sie die Infrastruktur der ostdeutschen Länder inzwischen für überentwickelt und überfordert?

Dohnanyi: Nicht überentwickelt, aber ihre gelegentliche Perfektion ist nicht entscheidend für Investoren. Wenn man mit dem Betrieb nach Polen geht oder nach Tschechien, dann geht man da doch nicht hin wegen der besseren Infrastruktur!

Frage: Viele West-Politiker verweisen immer häufiger auf notleidende Regionen im Westen. NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück etwa zitiert gerne Oberbürgermeister aus NRW, die ihre Haushaltslöcher zu 50 bis 60 Prozent mit den Transfers nach Osten be-

gründen. Sind Kürzungen der bis 2019 zugesagten Transfers aus politischen Gründen nicht zwingend?

Dohnanyi: Das darf nicht sein. Das sieht wohl auch die Bundesregierung so.

Der Westen hat aber ein vitales Interesse daran, dass der Osten eine eigenständige Wirtschaftskraft entwickeln kann. Wie gesagt, wenn das nicht gelingt, werden die älteren Leute in den neuen Ländern bleiben, die jüngeren aber werden abwandern. Der Transferbedarf wird dann ständig wachsen. Aufbau Ost ist eben ein gesamtdeutsches Problem, nicht nur ein Problem des Ostens. Es geht um ein Drittel der Fläche Deutschlands und um knapp 20 Prozent der Bevölkerung.

Frage: Ihre Kommission empfiehlt „Sonderwirtschaftszonen Ost mit längerfristigen Steuerbefreiungen für Unternehmen“ und spricht von Zuschüssen zu Löhnen. Ist der Standortmalus Ost so zu beseitigen?

Dohnanyi: Eben keine „Sonderwirtschaftszone“, sondern wir haben 18 Felder im Auge, wo die Lage zu verbessern wäre durch besondere Regelungen. Zum Teil gibt es das ja schon. Und wir haben Lohnkostenzuschüsse oder die „Negativsteuer“ als Möglichkeiten genannt, um Arbeit zu erhalten. Man sollte das nicht ungeprüft von der Hand weisen. Eine breite Steuerbefreiung für Unternehmen wird heute kaum mehr zu machen sein. Aber für Forschung und Entwicklung könnten Steuerpräferenzen wirksam eingesetzt werden. Vielleicht ist das ein Weg.

Frage: Alt-Kanzler Schmidt hat sich ja jetzt sogar diese Thesen zu eigen gemacht und fordert einen neuen Versuch, eine „Sonderwirtschaftszone“ mit Präferenzen zu etablieren.

Dohnanyi: Ja, wir müssen Ostdeutschland „besonders“ behandeln. Es bringt zu wenig, wenn wir nach Deregulierungen für ganz Deutschland rufen. Die sind zwar nötig – aber dann landen wir, wie die Agenda 2010, im Vermittlungsausschuss. Wir müssen sehen, dass die Besonderheiten für Ostdeutschland auch dort besondere Regelungen erfordern.

Frage: Wie wollen Sie denn verhindern, dass auf diese Art und Weise neuem Subventionsmissbrauch Vorschub geleistet wird? Nach 1990 sind westdeutsche Unternehmer in den Osten gegangen und haben die Vorteile abgekämmt.

Dohnanyi: Nicht nur! Aber wir sind gewarnt. In unserem Papier verlangen wir eine effizientere Kontrolle der Mittel. Das gilt insbesondere für die jetzt anstehenden 156 Mrd. Euro für den Solidarpakt II bis zum Jahr 2019.

Frage: Ostdeutsche Unternehmer wie Jenoptikchef Alexander von Witzleben und dessen Vorgänger Lothar Späth halten „Sonderwirtschaftszonen“ nicht mehr für zielführend, weil sie 15 Jahre zu spät kämen.



Dohnanyi: Kein Streit über Begriffe! Wir müssen Sondertatbestände in Ostdeutschland erkennen. In den Gesprächen mit der Bundesregierung gibt es da keine Meinungsverschiedenheiten.

Frage: Inzwischen liegen ja vor der Haustür der ostdeutschen Unternehmen ziemlich viele „Sonderwirtschaftszonen“, mit niedrigeren Steuern und Löhnen: Polen, Ungarn, Tschechien und andere. Kann Ostdeutschland mit diesen Staaten überhaupt konkurrieren?

Dohnanyi: Ja, aber nicht mit deren Lohnniveau in absoluten Zahlen oder Prozenten. Konkurrenzfähig müssen wir durch eine effektivere Wirtschaft bleiben, die sich stärker auf Wachstumskerne konzentriert und dennoch die Fläche verkehrspolitisch nicht außer acht lässt. Deutschland muss übrigens nicht nur gegenüber Polen, Tschechien und Ungarn, sondern auch mit China und anderen Niedriglohn-Ländern konkurrieren.

Frage: Investoren, vor allem ausländische, orientieren sich an konkreten Rahmendaten wie Löhnen und Steuern.

Dohnanyi: Auch. Einen Wettbewerb um niedrige Löhne können wir aber nicht bestehen. Vielleicht kann man in dem einen oder anderen Fall mit Lohnzuschüssen helfen, auch um bei einigen Unternehmen wenigstens einen Teil der Produktion im eigenen Land zu halten. Unsere Lohn-„Nachteile“ müssen wir aber durch Intelligenz, Flexibilität und Fleiß wettmachen.

Frage: Klingt das nicht wie eine Beschwörung jener guten Geister, die uns anscheinend verlassen haben?

Dohnanyi: Ich beschwöre keine Geister, sondern die Vernunft. Was ich heute für Ostdeutschland fordere, das verlange ich schon seit 14 Jahren. Leider haben wir Steuervorteile und anderes damals in Ministerien und Fraktionen nicht durchsetzen können.

Frage: Wirtschaftsminister Wolfgang Clement lehnt diese Ost-West-Differenzierung ab. Grundsätzlich gebe es keine regionalen Sonderwege für materielles Recht. Die Regierung habe deswegen auch die Agenda 2010 für ganz Deutschland gemacht. Sind damit Ihre Vorschläge nicht eigentlich schon politisch erledigt?

Dohnanyi: Nein. Ich glaube auch nicht, dass Herr Clement hier richtig interpretiert wird ...

Frage: ... so steht es in einem Clement-Papier ...

Dohnanyi: Er selber hat ja die ostdeutschen Länder vor geraumer Zeit zu Vorschlägen zur Entbürokratisierung aufgerufen, die für Ostdeutschland besonders wichtig sind.

Frage: Gehören dazu niedrigere Steuern und Löhne oder Lohnzuschüsse?

Dohnanyi: Vielleicht. Sicher nicht nur. Aber beispielsweise auch arbeitsrechtliche Fragen. Darauf gab es dann ja auch Antworten aus den ostdeutschen Ländern, die allerdings teilweise über das hinaus schossen, was Herr Clement, so habe ich ihn verstanden, für möglich hielt. Doch die Sache ist immer noch offen und die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder verlangen ja nicht ohne Grund größere Flexibilität. Sie sollten sich deswegen auch an die Spitze der Föderalismusreform setzen!

Frage: Clement sagt, „Sonderwirtschaftszonen“ mit Niedrigsteuern und staatlich organisierten Niedriglohnzonen seien wettbewerbsrechtlich in der EU nicht machbar.

Dohnanyi: Für Lohnkostenzuschüsse gilt das wohl nicht. Man muss zuerst sehen, was man für richtig hält. Dann muss man sehen, was man darf. Nicht umgekehrt. Wir sollten nicht vorzeitig kapitulieren. Steuervorteile für Forschung und Entwicklung kann man wohl noch gewähren. Damit wäre den kleinen verarbeitenden Industrien im Osten mit niedrigem technischen Stand schon sehr geholfen.

Frage: Also mit zusätzlichen Millionen?

Dohnanyi: Nein, kein Extra-Geld. Wir müssen prüfen, ob der Ausbau der Infrastruktur überall wirklich wichtig ist oder ob man einen Teil der dafür vorgesehenen Mittel für die Förderung von Forschung, Entwicklung und Fortentwicklung der Unternehmen einsetzt.

Frage: Es gibt ja Erfolgsgeschichten im Osten: Optik in Jena, Automobilbau in Sachsen und Thüringen, Halbleiter in Dresden. Zufall oder Beispiele für richtige Förderung?

Dohnanyi: Jena und Dresden hatten einen traditionellen Hintergrund. Wachstumskerne kann man nicht vom Himmel schütteln, man braucht Ausgangspositionen. In Dresden hat das DDR-Elektronik-Kombinat Robotron, in Jena die Firma Zeiss eine wichtige Rolle gespielt. Dort sind zum Teil auch erhebliche Mittel hingeflossen. Um solche Kerne herum muss man arbeiten.

Frage: Würde ein Niedriglohnland Ost nicht zu einer weiteren Abwanderung von Fachkräften führen?

Dohnanyi: Wir brauchen eine höhere Spreizung innerhalb der Tarifverträge. Natürlich müssen wichtige Kernkräfte immer so bezahlt werden, dass sie nicht abwandern. Aber in den unteren Einkommensbereichen müssten wir versuchen, auch arbeitsintensivere Tätigkeiten in Ostdeutschland zu belassen. Unterschiede im Einkommen müssten dann eben durch Lohnkostenzuschüsse oder Negativsteuern kompensiert werden, wenn das technisch möglich ist.

Frage: Aus Jena wissen wir, dass sich das Lohnniveau dort sowohl bei Ungelernten als auch bei Fachkräften

nur unwesentlich von dem einer Jenoptik-Tochtergesellschaft in NRW unterscheidet. Ein gelernter Facharbeiter verdient in Düsseldorf ungefähr genau soviel wie sein Kollege in Jena und das gilt auch für ungelernete Kräfte.

Dohnanyi: Gut für Jena. Aber meinen Sie, das sei nützlich für Ostdeutschland, wenn dort immer so viel verdient würde wie in NRW? Für das Erstarben der ostdeutschen Unternehmen brauchen diese doch noch günstigere Kosten und eine größere Ertragskraft, um sich Marktpositionen zu erobern. Der Vergleich mit NRW ist also sehr problematisch.

Im übrigen: Etwa 75 Prozent der ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe sind aus den Arbeitgeberverbänden ausgestiegen und haben keine unmittelbare Tarifbindung mehr. Ich kenne als Aufsichtsratsmitglied allerdings ein Unternehmen in Leipzig, das stark gewerkschaftlich organisiert ist und jetzt wohl wegen des Lohnniveaus mit 20 bis 30 Arbeitsplätzen nach Polen gehen muss.

Frage: Der sächsische MP Milbradt hat ja ein spezielles Arbeitsrecht Ost mit geringerem Kündigungsschutz, eingeschränkten Tarifen, befristeten Arbeitsverträgen verlangt. Exerzieren die meisten Betriebe im Osten nicht längst diese Praxis?

Dohnanyi: Ja und nein. Milbradt geht es nicht nur um das Tarif-, sondern auch um das Arbeitsrecht. Er möchte größere Beweglichkeit erreichen. Derjenige, der an den besseren Wettbewerber näher herankommen will, der muss – ich wiederhole mich – flexibler sein. Das gilt im Sport und in der Wirtschaft.

Frage: Muss diese Flexibilität politisch und staatlich verordnet werden?

Dohnanyi: Nein. Es geht um eine größere Öffnung, wobei der Staat die soziale Frage immer im Auge haben muss. Deswegen plädiere ich für Lohnkostenzuschüsse oder Negativsteuern, nicht für Einkommensenkungen.

Frage: Einerseits warnen Sie vor weiterer unterschiedlicher Entwicklung in Deutschland, andererseits plädieren Sie für verschiedene Strategien der Erneuerung für West- und Ostdeutschland. Wie passt das zusammen?

Dohnanyi: Wir benötigen natürlich dieselbe Strategie in Grundfragen. Wir brauchen insgesamt mehr Flexibilität und eine Renten- und Gesundheitsreform in allen Teilen Deutschlands. Aber das wird für Ostdeutschland eben nicht ausreichen. Da brauchen wir zusätzlichen wirtschaftspolitischen Anschlag.

Frage: Der Ost-Beauftragte Stolpe setzt auf die Ausstrahl-Effekte der Wachstumskerne. Ziehen diese Leuchttürme Arbeitnehmer und Investoren an?

Dohnanyi: Ja, und das ist auch nötig. Er hat das zu einem Teil, denke ich, auch als Antwort auf unser Papier intensiviert.

Frage: Entstehen dadurch nicht entvölkerte Bereiche?

Dohnanyi: Das ist ein Problem. Aber man muss eben die Verkehrsverbindungen optimieren. Auch in Rheinland-Pfalz fahren Arbeitnehmer aus Pirmasens nach Mannheim, Ludwigshafen oder Heidelberg zur Arbeit; in Bayern aus Niederbayern nach München. Deswegen wehren sich diese Länder übrigens auch gegen die Abschaffung der Pendlerpauschale.

Frage: Wie sollen industrielle Kerne etwa in der Oberlausitz oder im Erzgebirge entstehen?

Dohnanyi: Wahrscheinlich schwer.

Frage: Warum sollten junge Leute dort bleiben?

Dohnanyi: Wenn Sie in der Lage sind, in Dresden oder in Frankfurt/Oder oder im Umkreis von Berlin Arbeit zu finden, werden viele doch gerne in ihrer Heimat bleiben! Aber viele Dörfer haben sich schon heute weitgehend entleert und weitere werden folgen. Da ist vieles falsch gemacht worden.

Frage: Stolpe hat bei einer Klausurtagung der Landesgruppe Ost eine Abkoppelung der besonders strukturschwachen Räume nicht akzeptiert und staatliche Förderung verlangt. Woher soll das Geld für soziale Maßnahmen kommen, die der Entvölkerung entgegenwirken?

Dohnanyi: Man muss mit den zugesagten Mitteln wirtschaften.

Frage: Entstehen auf diese Weise neue Subventionsgräber wie einst im Westen durch den Strukturwandel in der Montanindustrie?

Dohnanyi: Nicht notwendigerweise. Es kommt drauf an, die Mittel rational und rationell einzusetzen. Fehlentscheidungen wird es dennoch auch geben und man kann diese nachträglich leicht zu „Verschwendungen“ aufblasen. Aber sehen Sie sich doch nur mal an, was bei Daimler-Chrysler passiert ist!

Frage: Kann man den Aufbau Ost, fast 15 Jahre nach der Vereinigung, noch mal ganz neu anfangen?

Dohnanyi: Ganz neu müssen wir nicht anfangen. Wir haben ausdrücklich von einer „Kurskorrektur“, nicht von einer „Wende“ gesprochen.



Frage: Bleibt der Aufbau Ost vorwiegend eine Aufgabe des Bundes?

Dohnanyi: Der Bund behält auch langfristig eine entscheidende Mitverantwortung. Die „neuen“ Länder sind gar nicht in der Lage, das selbst zu finanzieren. Sie brauchen den Transfer vom Westen in der vereinbarten Größenordnung bis zum Jahre 2019. Diese Mittel dürfen nicht gekürzt werden.

Frage: Was kommt durch den Aufbau Ost auf die Bürger in West und Ost in Zukunft zu? Unheil oder Paradies?

Dohnanyi: Ich glaube, wenn wir den Aufbau Ost als gemeinsame deutsche Aufgabe verstehen, dann kommt am Ende schon ein erstarkendes Ostdeutschland heraus, das dann auch ganz Deutschland international wettbewerbsfähiger macht. Paradies aber so bald sicher nicht.

Frage: Kommen jetzt auch größere Opfer in Form von zusätzlichen Steuern auf die Bürger zu?

Dohnanyi: Nein, nicht wegen des Aufbau Ost. Aber wir sehen ja: Wir haben große Schwierigkeiten, zu einer vernünftigen Konsolidierung zu kommen. Gott sei Dank beginnt eine Debatte über die Frage, ob Deutschland es sich leisten kann, bei der Mehrwertsteuer mit niedrigen Sätzen am Schluss der europäischen Länder zu stehen und zugleich den Aufbau Ost über die Lohnzusatzkosten zu finanzieren. Wir brauchen einen Übergang zu mehr indirekten Steuern. Ich denke, das wird auch passieren. Aber nicht jetzt.

Frage: Wie lange können wir noch guten Gewissens von dem im Grundgesetz garantierten Grundsatz der Gleichheit der Lebensverhältnisse reden. Oder ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig?

Dohnanyi: Das Grundgesetz spricht ja nicht von „Gleichheit“, sondern von „Gleichwertigkeit“ der Lebensverhältnisse. Heute haben wir natürlich keine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen West und Ost; sie herzustellen ist die mühsame Aufgabe. Allerdings: Es gibt heute auch durchaus Unterschiede zwischen dem Emsland und dem Umkreis von München.



Frage: Also doch Steuererhöhungen für den Aufbau Ost?

Dohnanyi: Nein. Es kann nicht mehr Geld geben als bis 2019 vereinbart wurde. Was ich meine: Wir brauchen für ganz Deutschland eine Umgewichtung der Steuerquellen.

Frage: Welchen Einfluss haben EU-Osterweiterung und die damit auf Deutschland zukommenden zusätzlichen Kosten auf den weiteren Aufbau Ost?

Dohnanyi: Die EU-Osterweiterung wird zwei Wirkungen haben: Einmal wird es schwieriger werden, für den Aufbau Ost Mittel aus der EU zu bekommen, weil das Durchschnitts-Einkommen in Ostdeutschland dank Westtransfer deutlich höher liegt als das Einkommen etwa in Polen und Tschechien. Zweitens wird sich die Konkurrenz in arbeitsintensiven Produktionen verschärfen. Darauf muss sich die Republik einstellen.

Frage: Wann gibt es den Abschlussbericht Ihrer Kommission?

Dohnanyi: Ende Juni/Anfang Juli.

Frage: Wird der Bericht von der Politik abhängig sein?

Dohnanyi: Wir werden den Bericht unabhängig von der Politik erstellen, aber nach einer Diskussion von Einzelfragen mit weiteren Experten und Vertretern der Regierung. Wir sind auch belehrbar, so wie hoffentlich auch die Ministerien belehrbar sind.

Frage: Ist mit Minderheitsgutachten zu rechnen?

Dohnanyi: Ich nehme nicht an, dass alle immer allen Punkten zustimmen werden. Was mehrheitlich als richtig angesehen wird, wird sich erkennen lassen.

Das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park – für fünf Millionen Euro restauriert

Zum „**Tag der Befreiung**“, wie der 8. Mai als Tag des Weltkriegs-endes in der Sowjetunion und auch in der DDR genannt wurde, stand im Jahr 2004 die Hauptfigur, der heroisch blickende Sowjetsoldat, wieder vollständig **restauriert** auf seinem Platz im Treptower Park in Berlin, in der neun Hektar großen Anlage des Gedenkgeländes.

Dieses Hauptzeugnis der **Kunst der Stalin-Ära** in Berlin ist 11,60 Meter hoch, wiegt 70 Tonnen und wurde 1947-49 im damaligen Leningrad von den Bildhauern Jakow Belopolski, Jewgeni Wutschetitsch und Sergej Walerius aus Material der zerstörten **Reichskanzlei** geschaffen.

Der Sowjetsoldat hält ein **deutsches Kind im Arm** und zertritt das Hakenkreuz. Im vergangenen Jahr hatten Untersuchungen ergeben, dass die Standfestigkeit der riesigen, mit grüner Patina überzogenen Bronzefigur nicht mehr ausreichend gewährleistet war. Im November wurde sie deshalb **auseinandergenommen** und nach Samtens auf Rügen transportiert.

Letzte Montagearbeiten – nach Restaurierung auf Rügen wieder im Berliner Treptower Park: Sowjetsoldat in Bronze, 11,60 Meter hoch.



Die dort ansässige Firma Metallbau reinigte und restaurierte die Plastik, deren Bronzelegierung **100 Kilogramm Gold** enthält. Nach der Reparatur, bei der unter anderem eine Edelstahlkonstruktion eingezogen wurde, kam der Metallsoldat auf dem Wasserweg nach Treptow zurück – via Stettin, Oder-Havel-Kanal und Schiffshebewerk Niederfinow.

Die Restaurierung der Monumentalplastik war **Teil der Generalsanierung** der Treptower Denkmalsanlage. Die Sanierung wurde komplett aus Bundesmitteln finanziert und steht jetzt kurz vor dem **Abschluss**. Es werden nur noch die beiden Kegelstümpfe und die zum Ehrenmal hinaufführenden Treppenstufen repariert.

Der Hügel, der das Zentrum der Gedenkstätte bildet, wurde schon zur Sowjetzeit nach dem Vorbild **altrussischer Heldengräber** gestaltet. Unter den Trauerbirken und Efeubeeten der weitläufigen Grabanlage wurden seit dem Frühjahr 1945 die sterblichen Überreste von **etwa 5000** Angehörigen der Roten Armee bestattet, die beim Sturm auf Berlin gefallen waren. Der **Standort** des Ehrenmals ist von der Geschichte geprägt: Im angrenzenden Plänterwald fanden schwere Kämpfe statt, dort setzte die 5. sowjetische Stoßarmee über die Spree.

Im **Herbst 1946** hatte der Militärrat der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) einen künstlerischen **Wettbewerb** ausgeschrieben, in dem ausdrücklich gefordert wurde, dass **nicht** der Gedanke des Sieges im Vordergrund stehen sollte, sondern die Befreiung vom Faschismus.

Nach dreijähriger Bauzeit wurde das Ehrenmal am 8. Mai 1949 eingeweiht. Hauptredner waren der weiland sowjetische Stadtkommandant Alexander **Kotikow** und Otto **Grotewohl**, der spätere Ministerpräsident der DDR.



Einer der trauernden Rotarmisten.



Relief auf einem der Kalksteinblöcke.

Den Zugang zur Gedenkstätte bilden große, rundbogige **Granitportale** an der Puschkinallee und an der Straße am Treptower Park. Sie tragen Inschriften in russischer **und** deutscher Sprache: „Ewiger Ruhm den Helden, die für die Freiheit und die Unabhängigkeit der sozialistischen Heimat gefallen sind“. Die Eingangsalleen führen zum Vorhof mit der drei Meter hohen Sitzfigur „**Mutter Heimat**“.

Von hier aus durchschreitet man zwei riesige, stilisierte, gesenkte **Fahnen aus rotem Granit**. An ihren Stirnseiten befinden sich zwei kniende, **trauernde Rotarmisten** aus Bronze. Auf dem dortigen Plateau erweitert sich der Blick des Betrachters auf fünf rechteckige Rasenflächen, die mit **bronzenem Lorbeer** bekränzt sind.

Beiderseits dieser Grünflächen erheben sich je acht quergestellte **Kalksteinblöcke**, die als Sarkophage die damaligen **16** sowjetischen Unionsrepubliken symbolisieren sollten. Dargestellt sind auf ihnen Reliefdarstellungen aus dem „Großen Vaterländischen Krieg“ 1941-45. In einem **Einzelgrab** ganz in der Nähe ruhen vier „Helden der Sowjetunion“: ein Soldat, ein Unteroffizier, ein Offizier und ein General, die Sinnbild der Einheit der Roten Armee sein sollen.

Mit der Errichtung der Treptower Gedenkstätte waren in den drei Jahren vor der Gründung der DDR insgesamt **1200 Arbeitskräfte** beschäftigt, darunter 200 Steinmetze und 90 Bildhauer. Fast der gesamte hier verarbeitete Granit stammt aus dem Steinlager in Fürstenberg an der Oder, wo er von den Nationalsozialisten für die von **Hitler geplanten „Siegesbauten“** in Berlin, das in „Germania“ umbenannt werden sollte, gelagert wurde. Eine Ausnahme bildet lediglich der Granitblock für die „Mutter Heimat“ – er wurde aus der Oberlausitz geholt.

Das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow strahlt große Würde aus – besonders jetzt wieder, nachdem es mit einem Aufwand von **mehr als fünf Millionen Euro** saniert wurde. Im Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990 hatten sich Deutschland und die Sowjetunion gegenseitig zur **Erhaltung und Pflege** der Denkmäler und Kriegsgräber verpflichtet.

Davon, dass die Gedenkstätte ihre Wirkung auf viele Betrachter **nicht verfehlt**, zeugen die vielen hundert Nelken und die fast unzähligen Blumensträuße, die jüngst am 8. Mai 2004, dem 59. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, überall auf dem Gelände in Treptow abgelegt wurden.

Die Treptower Grabanlage ist übrigens die **größte** von **insgesamt drei** monumentalen Ehrenmälern, die während der Stalinzeit in Berlin geschaffen wurden. Das zweite steht auf Westberliner Seite im **Tiergarten**, kurz vor dem Brandenburger Tor, das dritte – kaum bekannte, aber auch sehr eindrucksvolle – in **Pankow** an der Grenze zum Wedding, in der Schönholzer Heide. Tobias v. Schoenebeck

MoMA – ein wunderbarer Erfolg, trotz mancher Kritik

In Berlin am Ende eine Million Besucher?

„Wo viel Licht ist, ist auch starker Schatten.“ So zitiert man aus Meister Goethes „Götz von Berlichingen“. Dass die Kunstschau des Jahres, das Berlin-Ereignis vom New Yorker Museum of Modern Art (**MoMA**) im gleißenden Licht der Öffentlichkeit erstrahlt, im **mächtigen Zuspruch** und Zustrom, ist keine Frage, seit die Neue Nationalgalerie im Februar für Matisse und Picasso, für Seurat, Monet und Gauguin, für Hopper und Pollock erstmalig ihre Pforten öffnete.

Aber gesellt sich zu dem **selbst von Optimisten** so nicht erwarteten Supererfolg (bisher mehr als 400 000 Besucher, Stand Mitte Mai) wirklich auch starker Schatten? **Fast** schien es zwischendurch so, aber die Wirklichkeit sieht **anders** aus als im klassischen Bühnenwerk geweissagt.

So lief die Sache ab: Der Blitzstart von MoMA mit 15 300 Besuchern schon an den ersten drei Tagen rief auch kritische Beobachter und Zweifler auf den Plan. Da warf man Peter **Raue**, dem Vorsitzenden und MoMA-Motor, aus seinem Verein der Freunde der Nationalgalerie vor, er ziele auf einen **populistischen** Schlagzeilen-Hit, was die andere, die weniger spektakuläre Arbeit **vernachlässigen** könnte. Aber erhellen nicht Leuchttürme auch die flache Landschaft?

Als es dann noch in der Szene raunte, die Kunstgiganten aus New York würden der nahen Gemäldegalerie, dem Kunstgewerbemuseum und dem Kupferstichkabinett das **Wasser abgraben**, meldete sich Professor Peter-Klaus Schuster, Generaldirektor der Staatlichen Museen, mit einer süffisanten **Philippika** zu Wort.



„The False Mirror“
(Der falsche Spiegel)
von René Magritte,
Öl auf Leinwand, 1928 –
eines der rund
200 Top-Werke der
Modernen Kunst aus dem
New Yorker Museum
of Modern Art, die
bis 19. September
in der Ausstellung
„MoMA in Berlin“
zu sehen sind.

„Berlin wäre nicht das **ingeniöse Berlin**, wenn es nicht gelänge, aus einer guten Nachricht **zugleich** eine schlechte zu machen“, schalt er die Zweifler. Das Gegenteil sei der Fall: Die Meisterschau aus New York rücke **auch die anderen** Attraktionen am Kulturforum – von Dürer und Holbein bis zum Welfenschatz und zum Lüneburger Rats-silber – ins Rampenlicht.

Viele Besuchergruppen nutzten den **Trick**, in Ruhe die Gemäldegalerie oder die anderen benachbarten Schatztruhen zu durchstreifen, derweil einer von ihnen in der **Kartenschlange** den MoMA-Tickets entgegenwarte.

Damit war auch der **zweite** Streitpunkt angesprochen: Das **Anstehen**, der Andrang, das Warten in der viel fotografierten Schlange rund ums Karree am Landwehrkanal. Wer steht sich für große Kunst schon gern die Beine in den Bauch, bei einem **deutlich erhöhten**, der Sache angepassten Eintrittspreis?

Aber MoMA ist eben keine **kleine** Postkartenausstellung im Heimatmuseum, und van Goghs „Sternennacht“ sowie mehr als zwei Hundertschaften weiterer Werke der Weltkunst sieht man **nicht im Vorübergehen** zum Nulltarif.

Ohne Zweifel warten und zahlen ohnehin die meisten der Interessenten von Nah und Fern **freudig** für eine Kunstkollektion, die durch eine groß angelegte Werbekampagne in höchste Aufmerksamkeit expediert worden ist. Das wird sich bis zum Schlusstag, dem 19. September 2004, **nicht ändern**.

Bei rund **5000 Besuchern täglich** konnte man schon am 9. April den 250 000. Gast begrüßen und beschenken. Um die Superschau der 212 Meisterwerke mit einem Versicherungswert von **2,4 Milliarden Euro** nicht in Schieflage zu bringen, wird mit einem Soll von 500 000 Besuchern insgesamt kalkuliert, gehofft wird indes auf **700 000**. Sogar eine Gesamtbesucherzahl von **einer Million** unter Barnett Newmans „Broken Obelisk“ ist jetzt denkbar und **mit Glück** erreichbar.

Zurück in die Warteschlange. Wer's ein bisschen komfortabler haben will, der muss sich schon ein **Luxusticket zum Sonderpreis** spendieren, das Wartezeiten erspart. Die anderen halten sich an gewisse Geheimtipps, die von MoMA-Profis weiterverraten werden. Zum Beispiel:

Abends, so rund **zwei Stunden** vor Schließung, sei der Andrang meist geringer und die Besichtigungszeit dennoch ausreichend. Die ganz Kaltblütigen unter den einheimischen Kunstfreunden spekulieren auf einen heißen, freibadfreundlichen, museumsfeindlichen **Hochsommer**. Ob diese Rechnung im Zeitalter wohltemperierter, klimatisierter Innenräume aufgeht?

Vom MoMA-Andrang profitiert der **Berlin-Tourismus** insgesamt. Hotels bieten Kunstpakete an, die Gastronomie stimmt in das Lob mit ein. Es gibt MoMA-Souvenirs vom Kaffeepott bis zum bedruckten Schal, Schirme, T-Shirts, Poster ohne Zahl. Die **gute Laune** der Anstehenden scheint ungebrochen und ansteckend.

So kann man insgesamt – internationales Presseecho und individuelle Publikumsstimmen addiert – schon jetzt dem Generaldirektor Schuster zustimmen, wenn er „**MoMA bei Mies**“ in den Rang eines **Volksfestes der Künste** emporlobt, der Christoschen Reichstagsverhüllung vergleichbar. Goethes „Götz“-Zitat lässt sich eben auch vortrefflich umdrehen: Wo Schatten ist, muss erst einmal **sehr viel Licht** aufscheinen.

Dieter Strunz

MoMA in Berlin.
Neue Nationalgalerie,
Potsdamer Straße 50,
10785 Berlin.

Verlängerte Öffnungszeiten:
Dienstags und mittwochs
9 bis 18 Uhr; donnerstags
und freitags 9 bis 22 Uhr;
sonnabends 10 bis 22 Uhr;
sonntags 10 bis 20 Uhr;
montags geschlossen.
Freitag vor Pfingsten
9 bis 22 Uhr; Sonnabend
und an beiden Pfingstfeiertagen
10 bis 24 Uhr. Dienstag
nach Pfingsten bis 13 Uhr
geschlossen.

Anfahrt: U- und S-Bahnhof
Potsdamer Platz.
U 1 Kurfürstenstraße, U 2
Mendelssohn-Bartholdy-Platz.
Bus 129, 148, 200, 248, 348.

Eintritt dienstags bis freitags
10, ermäßigt 4 Euro,
am Wochenende 12,
ermäßigt 6 Euro.
Ermäßigungen für Schüler,
Studenten, Grundwehr- und
Zivildienstleistende, Arbeitslose,
Schwerbehinderte sowie
Besitzer einer Jahreskarte plus.
Schulklassen 1 Euro pro Schüler.

Informationen im Internet unter
www.das-moma-in-berlin.
Info-Hotline: 0180-522 10 34.

ILA-Exponat Eurofighter:
In seiner Leistungs-
fähigkeit angeblich
ohne Konkurrenz.



ILA 2004 – ein Erfolg. Und: 92 Prozent der Fachbesucher wollen sie weiterempfehlen

200 000 Besucher vermeldeten die Veranstalter der diesjährigen Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA), nachdem deren Tore am Flughafen **Schönefeld** bei Berlin am 16. Mai geschlossen worden waren – bis zur Eröffnung der nächsten ILA in zwei Jahren.

Im **Vergleich** zur ILA 2002 (damalige Besucherzahl = 215 000) war das allgemeine Publikumsinteresse diesmal zwar leicht zurückgegangen; dafür aber hatte sich die **Fachbesucherzahl** etwas erhöht.

Jedenfalls gaben sich die Ausrichter der Leistungsschau für Luft- und Weltraum, Berlins Messechef Raimund **Hosch** und Hans Joachim **Gente** vom Bundesverband der Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) am Ende **sehr zufrieden**: „Die ILA 2004 hat die hochgesteckten Erwartungen erfüllt“, erklärte Hosch, während Gente betonte, dass von der Messe ein „ganz deutliches Aufbruchssignal“ für die Branche ausgegangen sei.

Fast 1000 Aussteller aus mehr als **40 Ländern** präsentierten an den sieben Messetagen ihre Exponate. 72 Prozent der Aussteller kamen aus den alten und neuen Ländern der **EU**.

Flugzeugentwicklungstechnische Höhepunkte der diesjährigen ILA waren im **militärischen** Sektor die Präsentation des neuen europäischen Kampffjets **Eurofighter** und des Hubschraubers **NH 90**. Sowie in der **Zivilluftfahrt** die Vorstellung der aktuellsten Modelle des derzeit größten und des kleinsten Mitglieds der Airbus-Familie, des **A 340-600** (zur Zeit das längste Passagierflugzeug der Welt) und des erfolgreichen Kurzstreckenjets **A 318**.

Vom Eurofighter hatte die deutsche Luftwaffe am 30. April 2004 die **ersten Serienflugzeuge** offiziell in Dienst gestellt. Der Kampffjet ist nach Ansicht von Peter **Eickenboom**, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, „hinsichtlich seiner operationellen Vielseitigkeit, seiner Leistungsfähigkeit und seines technologischen Aufwuchspotenzials derzeit **ohne Konkurrenz**“.



Stolz ist die europäische Militärindustrie auch über die erfolgreiche Entwicklung des Serienhubschraubers NH 90. Das **erste** aus der Fertigungsreihe des deutschen Eurocopterwerks stammende Modell wurde jetzt auf der ILA präsentiert.

ILA-Exponat NH 90:
Soll Europa
an die Spitze bringen.

NH 90 steht für das **bislang größte** in Europa aufgelegte Hubschrauberprogramm. 325 Stück des NH 90, nach Aussage des belgischen Eurocopter-Präsidenten und CEO Fabrice Brégier der fortschrittlichste und **leistungsfähigste** Hubschrauber seiner Klasse, sind bereits bestellt, für 86 weitere Helikopter bestehen Optionen.

Brégier wies auf die große Bedeutung des NH 90-Programms für die europäische Industrie hin: „Der NH 90 bringt uns **an die Spitze** der internationalen Lieferanten im **militärischen Markt**, der bisher von US-amerikanischen Herstellern beherrscht wurde“.

Nicht ganz so spektakulär waren die ILA-Präsentationen im Bereich der Zivilluftfahrt. Auch wenn mit dem Airbus A 340-600 das **aktuell längste** Passagierflugzeug der Welt (Länge = 75,30 Meter) in Schönefeld vorgestellt wurde, waren die derzeit **bedeutendsten** Projekte für den zivilen Luftverkehr **nur** in Gesprächen und Modellen gegenwärtig:

Europas doppelstöckiger **Airbus A 380**, der den Jumbo-Jet in den Schatten stellt, befindet sich in Toulouse erst in der Endmontage und lernt erst in einigen Monaten fliegen. Und das Topmodell der US-amerikanischen Boeing-Werke, die **Boeing 7E7**, auch „Dreamliner“ genannt, steckt vorerst noch im Konstruktionscomputer und landet frühestens auf der ILA 2008.

Seit 1992, seit ihrer Rückkehr von Hannover nach Berlin, kämpft die ILA um ihre **Reputation** als dritte bedeutende europäische Luftfahrtmesse neben Paris und London/Farnborough. Da war es diesmal schon ein **Schlag**, dass die Boeing Company auf eine Beteiligung an der ILA 2004 **verzichtet** hat. Die Berliner Veranstalter setzen für die Zukunft aber auf den zentralen Standort Schönefelds im beginnenden großeuropäischen Zeitalter. Sie sehen die ILA als **technologische Brücke** zum Osten.

ILA-Exponat A 340, aktuell das längste Passagierflugzeug der Welt.



Aus Russland und der Ukraine übrigens waren diesmal immerhin **dreizehn** Flugzeughersteller und Luftfahrtgesellschaften anwesend. Allerdings gelten die meisten von ihnen als **finanziell** noch nicht voll tragfähig.

Eingerahmt von zahlreichen geräuschintensiven und oft farbenfrohen Flugschauen wurden auf der ILA 2004 einige sehr **hochkarätige** Geschäfte abgeschlossen. Insbesondere: Der europäische Konzern EADS erhielt den Auftrag für 30 Trägerraketen vom Typ Ariane 5 im Wert von 33 Milliarden Euro. Besteller war die „**Arianespace**“ in Kourou in Französisch-Guyana. Dieses relativ große, tropisch heiße Gebiet im Nordosten Südamerikas, das allein mit Brasilien eine Grenze von 637 Kilometern hat, ist übrigens – was die meisten nicht wissen – **Teil der Europäischen Union** (EU). Herausragend war außerdem die Bestellung von 15 Flugzeugen aus der **Airbus A 320**-Reihe durch die **US**-Billigfluggesellschaft „Spirit Airlines“. Volumen dieser Bestellung: 900 Millionen US-Dollar.

Aber auch **mittelständische** Unternehmen meldeten gute Verkaufserfolge. So herrschte am Ende der ILA 2004 bei der weit überwiegen- den Mehrheit der Fachbesucher große Zufriedenheit – **92 Prozent** gaben an, sie wollten die ILA weiterempfehlen.

Die nächste Gelegenheit zum Besuch der ILA ergibt sich übrigens **in zwei Jahren**, zwischen dem 15. und 21. Mai 2006.

Tobias v. Schoenebeck

Kohle und Stahl: Extreme Preisexplosion gefährdet bis zu 50 000 deutsche Arbeitsplätze

Bei den täglichen Schlagzeilen über die dramatischen Preissteigerungen an den **Tankstellen** gerät eine andere Entwicklung in den Hintergrund, die **viel schwerer wiegende** Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft haben dürfte: die Preisexplosion bei Koks- und Stahl. Der Preis für Koks, der im Mai 2002 noch bei **50 Dollar** je Tonne gelegen hatte, ist seit Mai 2003 von 150 Dollar auf zuletzt **425 Dollar** hochgeschossen. Ähnlich ist die Lage bei Stahl.

Der Preis für „Warmband“, der als Orientierungspunkt für die zahlreichen unterschiedlichen Stahlsorten gilt, ist seit Anfang 2002 von **200 Euro** auf derzeit 365 bis **385 Euro** gestiegen; die Produzenten haben die 400 Euro bereits fest im Visier. Und Experten rechnen mit einem Anstieg bis an die **500 Euro**. ThyssenKrupp hat bereits die nächste Preiserhöhung für den 1. Juli angekündigt.

Als Hauptursache für das Hochschnellen des Koks- und Stahlpreises gilt die steigende **chinesische** Nachfrage. China hat seine eigene Stahlproduktion in den vergangenen vier Jahren auf fast 300 Millionen Tonnen **verdoppelt** und im vergangenen Jahr erstmals die Stahlproduktion der EU **übertrafen**. Für diese hohe Produktion reicht die einheimische Koks- und Stahlproduktion der Chinesen nicht aus – China kauft deshalb auf dem gesamten Weltmarkt Koks und Stahl **selbst zu astronomischen Preisen** auf.

Dennoch kann das Land den Stahlhunger seiner boomenden Wirtschaft mit Stahl made in China nicht befriedigen und kauft auch **Stahl auf gesamtem Weltmarkt** auf. „China wirkt wie ein großer Staubsauger, der die Weltmärkte für Koks und Stahl leer saugt“, sagt Dieter Ameling, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl in Düsseldorf.

Die **Auswirkungen** für Teile der **deutschen** Wirtschaft sind verheerend. „Ich habe erst die Hälfte der Stahllieferungen bekommen, die ich im vergangenen Jahr bestellt habe und die bis Ende März geliefert werden sollten. Ob und wann ich die zweite Hälfte bekomme, kann mir niemand sagen, erst recht nicht zu welchem Preis – Preise gelten nur noch für 14 Tage und werden laufend weiter erhöht. Eine **langfristige Planung** ist so kaum noch möglich“, sagt Hugo Rossmann, Inhaber der Hugo Rossmann Apparatebau GmbH in Berlin.

Große Preisschwankungen für Vorprodukte hat er in der langen Geschichte seines Unternehmens schon mehrmals erlebt, aber Materialengpässe **in solchem Ausmaß** noch nie. Der erfahrene Unternehmer sieht auch keine Möglichkeiten, wie die Politik oder selbst die EU in dieser Situation helfen könnte – und er sieht **kein Ende** dieser Entwicklung.

In dieser **düsteren Prognose** bestätigen ihn auch alle Branchenexperten. Dieter Ameling etwa geht davon aus, dass China noch auf Jahre hinaus seinen Bedarf **nicht** aus nationaler Stahlproduktion **voll** decken kann.

Für Teile der deutschen Wirtschaft hat das gravierende Folgen. Das Konzept, die eigene Kohleproduktion herunterzufahren und den Bedarf mit billigen Lieferungen auf dem Weltmarkt zu decken, geht zumindest bis zum Jahr 2008 **nicht mehr auf**.

So, als gäbe es diese Entwicklung nicht, hat freilich die Bundesregierung gerade einen weiteren **Abbau** der Kohlesubventionen beschlossen. Etwa 4400 Unternehmen leiden unter den Liefer-schwierigkeiten und den anziehenden Stahlpreisen, etwa 40 000 bis 50 000 Arbeitsplätze sind mittelfristig **bedroht**.



Die PDS und die Europawahl

Hauptsächlich mit den hier abgebildeten drei Textplakaten wirbt die PDS im Osten (und im westlichen Berlin) **massiv** dafür, ihr bei der Europawahl am 13. Juni die Stimme zu geben. Ergänzt wird die Plakat-kampagne dort, wo die Parteimitglieder sich noch zu Aktivität bewegen lassen, durch viele **Überzeugungsgespräche** mit Wahlberechtigten.

In der PDS-Führung gibt es folgendes Kalkül: **Erstens** ist die Wahlbeteiligung bei Europawahlen ohnehin meist mäßig. **Zweitens**: Die existierende Parteienverdrossenheit dürfte die Wahlbeteiligung diesmal noch tiefer sinken lassen. **Drittens**: Wenn in dieser Situation die PDS viele ihrer eigenen Wähler zum Wahlgang bewegen kann, und wenn sie dazu noch möglichst viele von der SPD Enttäuschte auf ihre Seite zu ziehen vermag, wird sie am Wahlabend – zumindest prozentual – gut dastehen.

Ob das Kalkül aufgeht, muss sich allerdings erst zeigen. **Hauptproblem** der PDS dürfte es sein, dass viele Parteimitglieder, die Überzeugungsarbeit leisten sollten, sehr **müde** geworden sind ... Wt.

„Die spinnen doch, die in Berlin“

Eine bisweilen bittere Satire von KLAUS WIRTGEN

Es gibt wieder **Grund zur Freude**. Anke Engelke ist auf Sender. „Nach elf“ zwar, aber immerhin. Die Comedy-Göre will Dirty Harry, Harald Schmidt, vergessen machen. O.K., das will jeder Nachfolger. Anke hat versprochen, mehr Kabarett zu machen. Kluge Frau! Sie sagt, der Stoff liege auf der Straße: **die Politik**.

Eine **grandiose New-Business-Idee**. Sie braucht nur zu wiederholen, was sie Tag für Tag hört, sieht und liest. Die Nutzung des Materials ist steuerfrei – **noch**. Kartellamt und Monopolkommission haben den laufenden Schwachsinn noch nicht als wettbewerbsrelevant problematisiert. Der Arbeitstitel für den Late-Night-Dauerbrenner bietet sich – frei nach Asterix und Obelix an: „**Die spinnen, die in Berlin**“. Und nicht nur die.

Künstler und Politiker haben etwas gemeinsam. Sie müssen **Quote machen**. Anke Engelke mit jeder Sendung, die Polit-Zampanas und -Zampanos spätestens bei der nächsten Wahl. Aber: Beide Genres unterscheiden sich auch **fundamental** – nämlich in der Art, wie sie ihre Klientel ansprechen. Anke und Harald müssen sich was **einfallen lassen**, um bei den Zuschauern anzukommen. Angela und Gerhard aber, Franz und Guido, Joschka und Edmund und wie sie sonst noch heißen, tun derzeit alles, um die Bürger **abzuschrecken**.

Bundespräsident **Johannes Rau** kommt das große Verdienst zu, in seiner letzten „Berliner Rede“ die **Grenzen** der political correctness geweitet zu haben, die unsere Verfassung dem Staatsoberhaupt auferlegt. Er hat zu „Vertrauen in Deutschland“ und zu mehr Verantwortung aufgerufen.

Adressaten waren aber **nicht so sehr** – wie in den üblichen Sonntagsappellen – die angeblich zu pessimistischen Bürger, die Angstspärer und jene Normalos, die nicht unentwegt in irgendein Objektiv grinsen. Rau hat die **verantwortlichen Missetäter** klar identifiziert: die Eliten in Politik und Wirtschaft.

Fangen wir mit der **Politik** an. Keine Frage, es steht schlimm um die große Regierungspartei SPD. 26 Prozent Zustimmung auf dem Politbarometer Mitte Mai. So hat es noch keine **Volkspartei** erwischt. Doch der jähe Absturz ist symptomatisch für den **Überdruß** der Bürger am gesamten politischen Geschäft.

Am schlimmsten aber ist, dass mehr als 80 Prozent der Bevölkerung **auch der Opposition nicht** zutrauen, die Staatsgeschäfte besser zu führen. Deutschland arm Politiker-Land!

„**Leadership**“, jenes angelsächsische Schlüsselwort für den Kernanspruch der Bürger an die politische Klasse, ist zwar längst in den deutschen Sprachgebrauch eingegangen. Die Übersetzung verbietet sich wegen der Assoziation zur Hitlerei. Aber „leadership“ ist dabei, wieder aus unserem Sprachschatz zu **verschwinden** – zugunsten von Chaos und Missmanagement.

Diese Begriffe Worte gehen immer mehr Bürgern **immer leichter** und immer öfter von der Zunge. Wer Fremdwörter nicht mag, der resigniert auf Deutsch: „Die können es nicht“.

Ein Beispiel. Anfangs noch verwundert, mittlerweile **entgeistert** verfolgt der Bürger, wie „die in Berlin“ mit seiner **Zukunft** umgehen. Das gilt für die **Jungen**, die heute keine Lehrstellen und keine Jobs kriegen und nicht wissen, wie sie sich fürs Alter absichern sollen. Das gilt aber auch für die **Älteren** und **Alten**. Sie wähten sich auf der sicheren Seite, solange sie noch anschafften. Mittlerweile **wanken** sie über morsche Planken in den letzten Lebensabschnitt. Was sie wahrnehmen, mutet bizarr an:

Die oppositionelle Union **blockiert** eine Änderung im Gesetz zur Sicherung der Altersrenten, die vom **Verfassungsgericht** erzwungen wurde, die nicht von den Roten ausgedacht worden ist. Mit der Folge: **Noch eine Runde** durch Bundestag und Bundesrat, **noch mal Gezerre** im Vermittlungsausschuss.

Vielleicht wird das aufwendige Ritual erst aufgegeben, wenn der Bundesrechnungshof einmal ausrechnet, was ein Tag **derart sinnlosen Treibens** in Exekutive und Legislative kostet und anschließend das Ergebnis der „Bild“-Zeitung für eine neue Kampagne durchgestochen wird.

Immer lauter wird die **Klage der Bürger**, die nicht mehr verstehen, was um sie herum vorgeht. Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl pflegte sich gern verständlich zu machen, indem er aus seiner intimen Kenntnis pfälzischer Tierzucht einen **Leitsatz** ableitete, der zu einer Vulgär-Richtlinienkompetenz aufstieg: „Es kommt immer darauf an, was hinten herauskommt“. Da ist zweifellos **was Wahres** dran.

Bezogen auf den in seiner sechzehnjährigen Amtszeit virulent gewordenen **Reformbedarf** hat Kohl zwar den Beweis erbracht, dass kein Wort in der Politik **so wenig gilt** wie das eigene. Aber die Fähigkeit, einen politischen Prozess vom Ergebnis her zu analysieren und die einzelnen Schritte – entsprechend der pfälzischen Maxime – auf dieses Ziel auszurichten, ist Kohls Nachfolger Gerhard **Schröder** spätestens beim letzten Parteitag der SPD in Berlin **abhanden** gekommen.

An jenem Sonntag im Berliner Großraum-Hotel „Estrel“ hat nämlich Schröder nicht nur sein Amt als Parteivorsitzender **abgeworfen**. Er hat auch seinem Nachfolger Franz Müntefering mit einer wunderbaren roten Mitgift die Nachfolge ins „schönste Amt nach dem Papst“ **geöffnet**.

Münste durfte sich bei den Genossen seinen 99-Prozent-Durchmarsch mit einem **riskanten Versprechen** sichern. Die deutsche Wirtschaft, vom Handwerksmeister bis zum Automobilkonzern, solle gesetzlich mit einer **Strafe** belegt werden, falls sie bis zum Herbst nicht genügend Lehrstellen für Jugendliche bereitstelle.

Endlich mal wieder Druck machen, endlich den Bossen mal wieder zeigen, **wer Herr im Hause ist** – Franz Müntefering ließ sich feiern. Da mochte der Kanzler **vorher** selber energisch die Sinnhaftigkeit eines solchen Gesetzes bestreiten. Da mochte Bundeswirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang **Clement** noch so lautstark protestieren und vorrechnen, dass mit einem solchen Gesetz **mehr Schaden** angerichtet als Nutzen gestiftet werde.

Ausgerechnet der SPD-Vize Clement, der seit Monaten noch **akzeptable** Werte in den Umfragen erzielt, wurde so abgestraft, dass er einen Moment lang daran dachte, sein Amt als stellvertretender Parteivorsitzender **hinzuschmeißen**. Er wurde zum Buhmann bei den **eigenen** Leuten.

Die frühere Juso-Chefin Andrea Nahles, **ohne** Mandat im Bundestag, dafür aber bei der IG Metall abgesichert, forderte – übrigens ungerügt – den **Rücktritt** des Superministers. Das Gesetz wurde verabschiedet.

Ob's in die Zeit von Massenarbeitslosigkeit und schrumpfendem Wachstum **passt oder nicht** – endlich mal wieder eine rote Inszenierung aus der **guten alten Zeit** des Klassenkampfes, als mit der Arbeiterpartei SPD noch alles in Ordnung war. Oder doch nicht?

Und jetzt wird's absurd. Die rote Rose war schon welk als Franz die Siegerfaust gen Himmel reckte. Der verblüffte Bürger wird seither Zeuge von Vorgängen, die **Zweifel** an ... sagen wir der Befähigung politischer Führungspersonlichkeiten zu zielgerichtetem, logischem Handeln aufkommen lassen.

Gesetzestreue ist das, was die Obrigkeit dem Bürger abverlangt. Franz Müntefering ist inzwischen dabei, einem Gesetz **untreu** zu werden, das **er** mit aller Macht durchgesetzt hat. Er hoffe darauf, so erklärt er neuerdings, dass dieses Gesetz **nicht** in Kraft zu treten brauche.

Auf einmal hält er **freiwillige** Vereinbarungen mit der Wirtschaft für machbar – auf dem Berliner Parteitag war diese Tür angeblich noch fest verrammelt. Doch **damals** wollte er ja auch noch gewählt werden.

Münstefering und hinter ihm Mehrheiten der Fraktionen von SPD und Grünen ließen sich auch nicht durch **massive Warnungen von Otto Schily** bremsen. Zunächst hatte der Innenminister, obwohl für dieses Sujet nicht zuständig, es auf die **rational-politische Tour** versucht: der Entwurf sei „nicht reif für eine parlamentarische Beratung“ und solle daher gefälligst „von der Tagesordnung“ genommen werden.

Je nach Umfang der Operation entstünden **Verwaltungskosten** zwischen 11 und 20 Prozent der Einnahmen. Und das **ohne** jede Klarheit, „ob tatsächlich **ein** neuer Arbeitsplatz geschaffen wird“. Zudem werde sich der Bund nach Strich und Faden **blamieren**: Der Bund bilde nämlich nur **6 Prozent** Lehrlinge aus. Um auf die im Entwurf geforderten **7 Prozent** zu kommen, müsse der Finanzminister exakt **8 302 500 Euro** aufwenden. Dagegen könne er sich nach dem Entwurf mit **3 111 455 Euro** freikaufen.

Schilys Konsequenz: erhebliche Mitnahmeeffekte und **weniger Ausbildungsplätze**. Darüberhinaus sagt Schily „**unüberwindbare** Vollzugsprobleme“ bei der Datenerhebung voraus.

Inzwischen wird von Tag zu Tag deutlicher, welche tiefe Risse dieser **Parforce-Ritt** des neuen Vorsitzenden in die ohnehin verunsicherte Partei gerissen hat. Am Tag vor der Parlaments-Abstimmung hatte die SPD-Abgeordnete Elke **Leonhard** dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden geschrieben, sie könne dem Gesetz nicht zustimmen, „meine Ja-Karte springt sofort wieder aus der Kiste“. Inständige **Interventionen** des Empfängers und detaillierte Protokolleinsprüche der **Zwangsdisciplinierten** zu Protokoll führten letztlich zu einer knappen Mehrheit im Bundestag.

Der gestandene Gewerkschafter Gerd **Andres**, einer der Wortführer im „Seeheimer Kreis“ pragmatischer Sozialdemokraten und Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, verfasste eine „Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung“ des Bundestages, die **mehr als dreißig** Abgeordnete unterschrieben haben.

Im **ersten Satz** „unterstützen“ die Unterzeichneten „das Ziel der Regierungskoalition“. Im **zweiten Satz** halten Sie „den vorliegenden Gesetzentwurf nicht für den richtigen Weg“. Und **zum Schluss** beugen sie sich „mit der Zustimmung der Mehrheitsentscheidung ihrer Fraktion“.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, **mit welcher Inbrunst** die Unterzeichneten daheim in ihren Wahlkreisen die Weisheit sozialdemokratischer Gesetzgebung preisen! Gutwillige erklären den Vorgang mit **Parteidisziplin**, Psychologen entdecken Spuren von **Schizophrenie**.

Personalentscheidungen! In den politischen Führungsetagen lebt die Kultur der **Italo-Western** aus den siebziger Jahren wieder auf. **Leichen** müssen den Weg des Siegers säumen. Regisseurin Angela „Djanga“ Merkel ruhte nicht, bis sie bei der Suche nach einem Präsidentschaftskandidaten **alle denkbaren Brutalitäten** im Drehbuch untergebracht hatte.

Der hochqualifizierte Wolfgang **Schäuble** musste dran glauben, die ledige Brigitte **Schavan** bekam ganz unchristlich die Kugel und auch Deutschlands erfolgreichster Global Player, Siemenschef **von Pierer**, überstand nicht die Schießerei in „Angie’s Saloon“.

Horst Köhler, sicher gut geeignet, musste her. **Aber:** Deutschland verlor so beim IWF in Washington letztlich die einzige **wirklich wichtige** und einflussreiche Position an der Spitze einer Internationalen Organisation.

Oder das Drama um die Suche eines Nachfolgers für den zurückgetretenen Bundesbankpräsidenten Ernst **Welteke**. Zwei renommierte Berliner Staatssekretäre, Kajo **Koch-Weser** vom Bundesfinanzministerium und Kanzlerfreund Alfred **Tacke** aus dem Wirtschaftsressort, dazu der renommierte Würzburger Ökonom und wirtschaftsweise Prof. Peter **Bofinger** wurden solange auf Indiskretionsfeuern **gegrillt** bis sie verbrannt waren. Dann erst zwängte Finanzminister Hans Eichel seinen Kandidaten Axel A. **Weber** in den 350 000 Euro-Job.

Die Nadelstreifen-Elite in den Führungsetagen der **Wirtschaft** steht nicht abseits. Banker vor Gericht, Untreuevorwürfe, Korruption, maßlose Bereicherung einiger Topmanager gehören **immer wieder** zur Lektüre. Die Toll-Collect-Panne der ersten Garde der deutschen industriellen Wertschöpfer im Verein mit überforderten Beamten und einem zögerlichen Minister hat das „Made in Germany“ **nachhaltig beschädigt**.

Es spricht einiges dafür, dass dem Schöpfer des Computerwurms „**Sasser**“ in seiner niedersächsischen **Pennälerstube** eine zwar wahrscheinlich strafbare, aber zugleich eine der genialeren Leistungen der jüngsten deutschen Zeitrechnung gelungen ist.

Immerhin hat er Microsoft, das weltweit wohl größte Intelligenz-Center, **überlistet**. Hätte der junge Mann nicht so gewaltigen Schaden angerichtet, könnte man ihn unbesehen als **Projektleiter** für den zweiten Toll-Collect-Anlauf empfehlen.

Oder das Drama um die **Fußball-WM 2006** in Deutschland. Es wird Jahrzehnte dauern, bis die deutsche Wirtschaft – immerhin noch Export-Weltmeister – **wieder** Gelegenheit haben wird, ihre Leistungen in einem wahrhaft **globalen Schaufenster** zu präsentieren. 14 Konzerne haben sich als Hauptsponsoren eingeschrieben. Natürlich sind die mit dem Stern und die mit dem Kranich dabei – **sollte man meinen**.

Fehlanzeige: Offizielle und Sportler werden sich in südkoreanische **Hyundais** quetschen und die Golflinie „**Emirates**“ wird exklusiv das Emblem der WM 2006 in Germany auf ihre Flieger pinseln. **Dabei** sind lediglich **Telekom** und **Conti**.

Statt dessen wollten die Großkopfeten in Politik und Wirtschaft den großen Coup mit der **Olympia-Bewerbung** der „Klein“-Stadt Leipzig gegen die Metropolen Paris, New York, Madrid, London und Moskau für das Jahr 2012 landen. „Schauen, was hinten herauskommt!“ **Das war vorauszusehen: Nichts!** Alles andere wäre eine **Sensation** gewesen. Stoff genug also für Anke Engelke – unabhängig davon, wer wann gewählt wird. Sie müsste es nur packen. Und dann anpacken ...